

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

284 (5.12.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-555594](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-555594)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprecher-Ausgang Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Ulmenstraße 21, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Porto 75 Pfg., bei Erhältlichmachung 65 Pfg., durch die Post bezogen einschließlich 2,25 Pfg., für zwei Monate 1,50 Pfg., monatlich 75 Pfg., einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Inserate die sechs-spaltige Zeitspaltzeile oder deren Raum für die Inserenten in Nörthingen-Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie der Filiale 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. — Kellamergeld 50 Pfg.

25. Jahrgang.

Nörthingen, Dienstag den 5. Dezember 1911.

Nr. 284.

An die Reichstagswähler Oldenburgs und Ostfrieslands!

Durch Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“, hat der Minister des Innern den Tag der Auslegung der Reichstags-Wählerlisten festgesetzt. Diese öffentliche Aushängung ist eine neue Aufforderung an die Wähler, sich den Ernst der Situation wieder und wieder ins Gewissen zu rufen, um so am **zwölften Januar** in der Lage zu sein, den rechten Mann in den Reichstag zu senden.

Arbeiter, Bürger und Bauern! Wieder nach fünf Jahren soll ihr prüfen, ob die Volksvertretung, die damals aus der Wahlurne hervorging, das gehalten hat was sie euch versprochen und was im Interesse des Landes lag. Gar vieles von dem was in den fünf Jahren in Berlin geschaffen wurde, wird nicht euren Beifall gefunden haben, und um sich in Zukunft vor ähnlichem Schaden zu bewahren, ist es nötig, daß ihr euch diesmal die Leute, denen ihr eure Stimme gebt, genauer ansieht. Schon 1907 zitterten die Volksfeinde vor den Wahlen, aber durch einen Bluff verstand es die damalige Regierung, zugunsten einer afrikanischen Sandwüste eine Hurrafstimmung im Volke zu entfachen, die ihr noch einmal eine willige Mehrheit sicherte.

Was ist nun inzwischen im Parlament geschehen? Vieles, nur nichts Gutes! Nichts was den Interessen der werktätigen Bevölkerung entspräche. Die **Konservative Partei**, deren Angehörige seit Jahrhunderten am Rande des deutschen Volkes zehren, und die dadurch, daß ein großer Teil der übrigen in den Regierungsstellen sitzen, für sich und ihre Familien unschätzbare Vorteile aus dem Staate ziehen, hat sich energisch geweigert, als man sie zumute, für eine auf die großen Vermögen zu legenden Erbschaftsteuer zu stimmen. Nur die ärmeren und mittleren Klassen sollten bluten. Dieses Haß, gewissenlose Gebahren der Junker war selbst dem Fürsten Bülow zu stark und er legte aus diesem Grunde sein Regierungssamt nieder.

Und die **Nationalliberalen**? Herr Baffermann hat es erst vor ein paar Tagen bei uns gesagt, daß seine Partei immer für die wahnsinnigsten Mächtigkeitszwecke, für Kanonen und Kriegsschiffe, jede von der Regierung gewünschte Summe bewilligen werde. Als es aber galt, die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung gegenüber persönlichen Eingriffen des Kaisers, oder der Mißachtung und Mißhandlung durch die Regierung eines Berthmann-Hollweg, zu wahren, da verlagten Herr Baffermann und die Seinen. Und jetzt ist es schon wieder sicher, daß der nächste Reichstag aufs neue 50 Millionen für Flottenrüstungen bewilligen soll, für welche Forderung die Nationalliberalen mit Begeisterung stimmen werden und die das Volk wird bezahlen müssen, wenn es sich nicht aufrafft und diese sogenannten „Volksvertreter“ zu Paaren treibt.

Und die Taten der **freisinnigen Abgeordneten**? Sie unterscheiden sich nur äußerlich durch eine Nuance in der Form, innerlich waren sie vom gleichen Geiste der Volksfeindschaft befeelt. Um regierungsfähig zu werden, verrieten diese Leute die elementarsten Interessen des Volkes, um nicht aus dem Bülowblock herausgeworfen zu werden, waren sie bereit, 400 Millionen indirekten Steuern aus den Taschen der Arbeiter und des Bürgertums zu bewilligen, also um den Konsum, das magere bishen Eisen und Trinken zu belassen. **Jeden Brocken, den sich die Bevölkerung in harter Tagesarbeit schwer verdienen muß, waren die Fortschrittler bereit zu versteuern, damit das Portemonnaie der Besitzenden geschont würde!**

Freilich muß man sich solcher Taten schämen, und so wagte es sogar unlängst der alte, weißhaarige Abgeordnete Traeger in einer Versammlung an unserem Ort, diese fatale Angelegenheit in Rede zu stellen und nur von einem „Gericht“ zu sprechen, und als wir daraufhin in unserem Blatt die fortschrittlichen Gegner an die **Pflicht zur Wahrhaftigkeit** erinnerten, da wichen sie uns aus und schimpften über unsern Ton.

Und als die Partei des Abgeordneten Traeger, die Fortschrittliche Volkspartei aus dem korrumpierenden Blockverhältnis herausgedrängt und politisch lächerlich gemacht war, da bewilligten sie eine

Erhöhung der Zivilliste um jährlich drei Millionen Mark,

von rund 17 auf rund 19 Millionen. — So sehen die fortschrittlichen Volksvertreter aus!

Reichstagswähler! zögelt am 12. Januar denen heim, die so mit euren Steuergroschen umsprangen. Wählt nicht solche, die kein Rückgrat haben oder die heiligsten Rechte des Volkes gegen einen Orden verraten, verkaufen. Denkt an die famose

Reichsversicherungsordnung und den preussischen Wahlrechtschwindel.

Zeht euch die Partei an, ob sie Gewähr bietet für Ehrlichkeit und Gradheit im politischen Leben.

Zum nächsten Reichstag gilt es wichtige Gegenstände zu beraten: **Verfassungs-, Rüstungs- und Steuerfragen** werden aufs neue auf der Tagesordnung stehen. Was wir brauchen, sind Männer, die auch einem König furchtlos ins Auge sehen und nicht schon vor einem Landrat in die Knie sinken.

Wähler in Stadt und Land!

Arbeiter, Bürger und Bauern! Sorgt dafür, daß am 12. Januar auch im Oldenburger Lande die Volksfeinde zu Paaren getrieben werden. Und das könnt ihr nur, wenn ihr eure Stimme

dem Vertreter der Sozialdemokratie gebt.

Politische Rundschau.

Nörthingen, 2. Dezember.

Die Wahlituation in Baden.

Die Wahlwahl in Konstanz hat einen Vorgeschmack davon gegeben, wie in Baden der allgemeine Wahlkampf geführt werden wird. Die heftige Agitation und die gewaltige Aufpeitschung der Wähler hat im Konstanzer Kreise eine Wahlbeteiligung von 90-95 Prozent zu Wege gebracht.

Von den 14 Reichstagswahlkreisen gehören nach den Wahlen von 1907 dem Zentrum 4, den Sozialdemokraten 3, den Nationalliberalen 2 und den Konservativen 1 Kreis. Stimmen entfielen auf: Zentrum 138 860, liberalen Block 133 330, Sozialdemokratie 93 386, Konservative 21 697. Von den Wahlkreisen, die das Zentrum zu verteidigen hat, sind

zwei bombastischer, Trauberbischofsheim und Mühl-Rohlfatt, in welchen die Abg. Jechter-Beidelberg und Bender-Sosbach 69 und 66 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhielten. In den anderen Kreisen stehen die Kräfte nicht besonders gut; gefährdet ist das Zentrum vor allem im 2. Kreis. 1907 erhielt der jetzige Abgeordnete Duffner 11 911 Stimmen, der liberale Blockkandidat 9863 und der Sozialdemokrat 2259 Stimmen. In der Stichwahl hatte Duffner das Mandat mit 12 589 Stimmen, während sein liberaler Gegner 11 114 Stimmen erhielt. Diesmal kandidiert der Gutbesitzer Duffner für das Zentrum wieder; die Liberalen haben den Rechtsanwalt Rombach aus Offenburg, unsere Parteigenossen haben den Arbeitersekretär Markloff aus Freiburg aufgestellt. Nichtet sich in der Stichwahl die Spitze gegen den schwarzblassen Block, dann kann dieser Kreis am allerersten dem Zentrum abgenommen werden.

Günstiger liegen seine Chancen im 3. Kreis. Dort standen bei der letzten Wahl 13 400 Zentrumstimmen 10 700 Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten gegenüber. Die Textilindustrie ist im 3. Kreis stark vertreten und wir dürfen deshalb auf eine erhebliche Stimmenzunahme für den sozialdemokratischen Kandidaten rechnen. Kommt es zur Stichwahl, dann ist der Ausgang für das Zentrum auch zweifelhaft.

Recht kompliziert liegen die Verhältnisse im 5. Kreis. 1907 fielen auf den Zentrumskandidaten, den Böckermeister und jetzigen Abgeordneten Gauer, 13 495 Stimmen, auf seinen liberalen Gegenkandidaten 10 519, auf unseren Parteigenossen Krüder 9282 Stimmen. In der Stichwahl fiel Gauer das Mandat mit 15 592 gegen 12 587 liberale Stimmen zu. Diesmal kandidiert von sozialdemokratischer Seite der Parteisekretär Engler-Freiburg; Gauer ist wieder

aufgestellt, der liberale Block präsentiert den Professor v. Schulze-Gebert und vor einigen Tagen ist noch eine reich-
wertvolle Kandidatur in der Person des Freiburger Sten-
ografen und früheren struppigen Beamten Schöninger auf
den Plan getreten. Gelingt es, den sozialdemokratischen
Kandidaten in die Stichwahl zu bringen, dann ist ein so-
zialdemokratischer Sieg nicht ausgeschlossen.

Der 6. Kreis wird von dem badischen Zentrumsführer
Tehrenbach vertreten. Er hat 1907 den Kreis im ersten
Stichwahl mit 11 495 gegen 7804 demokratische und 2427
sozialdemokratische Stimmen gewonnen. Auch hier kann es
zur Stichwahl kommen, denn Tehrenbach ist ein eifriger Be-
fürworter der Reichsfinanzreform, von der er erst jüngst
sagte, er sei fast darauf, daß er sie mit beidhändigen Hände;
unter gleichen Umständen würde er genau so handeln wie
im Sommer 1909. Nun haben gerade die badischen Land-
tagswahlen bewiesen, daß die linksstehenden Wähler in
Sachen der Finanzreform keinen Spaß verstehen.

Entscheidend kann die Sozialdemokratie auch eingreifen
im 7. Kreis, wo sich 1907 das Zentrum mit 11 849 Stimmen
gegen 8734 liberale und 2564 sozialdemokratische Stimmen
behauptete. — Somit wäre die Situation für das Zentrum,
soweit es sich um seine bisherigen Wahlkreise handelt, ge-
löst. Das Zentrum will nun freilich auch mit aller Ge-
walt den konstanten Kreis zurückerobern und es will auch
in den Kreisen, wo es auf eigene Erfolge nicht rechnen kann,
entscheidenden Einfluß üben im Sinne der Parole: Unter
allen Umständen gegen die Sozialdemokratie und den
Großblock!

Das Zentrum unterstützt deshalb im 9. Kreis den
rechtskonservativen Nationalliberalen Wittum, im 10. Kreis den
Konservativen v. Gemmingen, um diese Kreise der Sozial-
demokratie abzunehmen. Im 13. Kreis stützt das Zentrum
für den konservativen Klupp, um diesen Kreis gegen den
liberalen Block zu sichern, und im 12. Kreis tritt es mit
einer eigenen Kandidatur auf, um sie eventuell als Aus-
tauschhilfe für einen andern Kreis benutzen zu können.

Der liberale Block hat zunächst keine zwei Mandate in
Karlsruhe-Wülheim (4. Kreis) und in Heidelberg (11. Kreis)
zu halten. Den ersten Kreis vertritt im Reichstag der
Leiningerfabrikant Dr. Wankenhorn, der 1907 in der Haupt-
wahl 7741 Stimmen erhielt; ihm standen gegenüber das
Zentrum mit 6223, die Sozialdemokratie mit 3445 und der
Freisinn mit 1914 Stimmen. In der Stichwahl bekam
Wankenhorn 11 190, sein Zentrumsgegner 9334 Stimmen.

Ein heisser Kampf wird in Heidelberg entbrennen. Bei
der letzten Wahl fielen auf den nationalliberalen Oberamt-
mann Beck 11 135 Stimmen, auf den mit dem Zentrum ver-
bündelten Konservativen 8480 und auf den sozialdemokrati-
schen Kandidaten 6713 Stimmen. In der Stichwahl behaup-
tete Beck den Wahlkreis mit 11 685 gegen 9287 zentrums-
konservative Stimmen. Diesmal wird die Stichwahl wahr-
scheinlich zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten
ausgespielt sein. Zentrum und Konservative gehen ge-
trennt vor, um dies Resultat bestimmt zu erreichen und um
dann die Nationalliberalen in die Zwangslage zu bringen,
daß sie Hilfe von den Schwarzblauen erbitten müssen. Den
einzigsten Konservativen aus Baden sandte der 13. Kreis;
er wurde 1907 mit Zentrumshilfe gewählt und erhielt 13 553
Stimmen, gegen 7781 liberale und 2862 sozialdemokratische
Stimmen.

Die Sozialdemokratie hat drei Mandate zu verteidigen,
das Mannheimer Mandat (11. Kreis), das Genosse Dr.
Frank 1907 im ersten Wahlgang mit 25 969 gegen 16 900
liberale und 8173 Zentrumsstimmen holte. Zugewinnen ist
die Industrialisierung Mannheims noch weiter vorge-
schritten und die Hochburg der badischen Sozialdemokratie
hat sich bei den jüngsten Gemeindevahlen in einem
stänkenden Maße gezeigt. An dem früheren Siege Dr.
Frank schon in der Hauptwahl ist also nicht zu zweifeln.
Im 9. Kreis erhielt Genosse Eichhorn im Jahre 1907
in der Hauptwahl 15 888, sein nationalliberaler Gegner
12 398 und der Zentrumskandidat 6892 Stimmen. In der
Stichwahl trat Eichhorn mit 17 087 Stimmen über den Sieg
davon der 14 704 Stimmen erhielt. Unter Parteiführer Treink
wird seinen leichten Stand haben, denn es ist nicht zu zweifeln,
daß die Zentrumsmitglieder der Parole gegen die Sozial-
demokratie und für den blockgegnerischen Nationalliberalen
folgen werden, den Nationalliberalen, der sich seines katho-
lischen Glaubens rühmt und im Wahlkampf damit arbeitet,
daß seine Kandidat in einem katholischen Institut erogen
ist. Die Sozialdemokratie muß ihre Stimmzahl soweit
voran bringen, daß sie den Kreis auch im ersten Wahlgang
geht hätte, wenn mehr als zwei Kandidaten in Frage ge-
kommen wären. Und das ist möglich. Unlängst, als ja
auch unter den zahlreichen katholischen Arbeitern so manche
sein werden, die den sozialdemokratischen Arbeiterkandidaten
dem nationalliberalen Fabrikanten vorgehen werden.

Den 10. Kreis (Karlsruhe-Bruchsal) vertritt seit 1898
Genosse Ad. Geel. 1907 bekam er in der Hauptwahl 14 430
Stimmen, der Freisinnige 11 482, der Zentrumskandidat
9669 und der Konservative 2684 Stimmen. In der Stich-
wahl schlug Geel seinen Gegner mit 17 066 Stimmen; auf
den letzteren waren 16 248 Stimmen entfallen. Das Zen-
trum verachtet diesmal trotz seiner hohen Stimmzahl auf
einen eigenen Kandidaten, da es der Sozialdemokratie auch
dieses Mandat mit allen Mitteln abjagen möchte. Seine
Stimmen sollen reiflos dem Straßburger Kreisdirektor v.
Gemmingen zu, der der konservativen Partei angehört und
sich unter den Gründern der neuen christlichen Reichspartei
befindet. Mit diesem dürfte Genosse Geel in die Stichwahl
gelangen, deren Ausgang dann von den Liberalen abhängt.
Auf die Rechtsliberalen ist nicht allzuviel Verlaß, deshalb
wird auch hier die Gewähr eines Sieges in einer starken
Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen liegen.

In Baden hat die Finanzreform und die sonstigen Taten
des schwarzblauen Blocks den Boden für weitere Erfolge der
Sozialdemokratie sehr gut vorbereitet, was sich schon bei den

Landtagswahlen von 1909 in einem Stimmengewinn von
36 000 und in einem Gewinn von acht Mandaten offenbart.
Selbst bei den Einwohnern 1907 behauptete die badische So-
zialdemokratie ihre drei Mandate und verneigte ihre Stim-
mzahl um 21 000 (29 Proz.) — sie kann also mit großer
Zuversicht in den Wahlkampf ziehen.

Deutsches Reich.

Die kleine Strafgesetznovelle gescheitert. Die Bemühungen,
die kleine Strafgesetznovelle noch zur Erledigung zu
bringen, können als gescheitert gelten. Die Konservative
erklären sich gegen das angebotene Kompromiß, weil sie
auf eine Verschärfung der Strafen für Beleidigung durch
die Presse (der Wogner) nicht verzichten wollten; die Anti-
semiten waren dagegen, weil das Schlichte nicht als Tier-
quälerei betrachtet werden soll.

Zusammenbruch eines freisinnigen Schwindels. Am
dritten Tage der Marsoffende hat Reichstage machte der
fortschrittliche Abg. Dr. Wugdan wieder einmal in So-
zialistensprache, in gewohnter Manier wurde darauf los
behaubtet und um den Behauptungen größeres Gewicht zu
geben, scheinbare Zitate vorgetragen. Aus unserem Ge-
hörigen Parteiblatt werden Äußerungen unterstellt, die es nie
gibt und gegen die sich das beschuldigte Blatt um so mehr
wehrt, weil Wugdan in Görlich gewählt ist und auch dort
wieder gewählt werden will. Nun auch Wugdan den Aus-
gang antreten. Das freisinnige Blatt in Görlich, der „Neue
Görlicher Anzeiger“ brachte folgende Notiz:

„Unser Reichstagsabgeordneter, Herr Sanitätsrat Dr.
Wugdan, hatte, wie er uns schreibt, die Absicht, in der heu-
tigen (Mittwoch, 29. Nov.) Sitzung des Reichstages vor
Eintritt in die Tagesordnung die nachstehende Erklärung
abzugeben. Der Präsident, Graf Schönerling-Vaupis, hat
ihn aber, davon Abstand zu nehmen, da der Erklärung
eine Bedeutung nicht zukomme, die deren Vortrag im
Reichstage in der gewünschten Weise rechtfertige. Es ge-
nüge, wenn dieselbe in der Presse veröffentlicht würde.
Herr Dr. Wugdan erwidert uns deshalb um Veröffentlichung
der Erklärung. Sie lautet:

In der 203. Sitzung habe ich gesagt:
(Stenogr. Bericht S. 7803 C.) „Nicht ist es ja
leicht, über den Herrn Redakteur Däumig den Stab zu
brechen. Wie war es aber die Lage, nachdem er ge-
sprochen hatte? Da schrieb das sozialdemokratische Blatt
das in Görlich erscheint, es sei die Wognertröte einer
neuen Freiheit entstanden. . .“

Ich habe mich überzeugt, daß ich mich geirrt habe
und daß in dem sozialdemokratischen Blatte, das in
Görlich erscheint, die von mir behaupteten Worte nicht
gestanden haben.

Dr. Wugdan.“
Charakteristisch für Wugdan ist, daß er sich zu dieser
Erklärung erst herbeiließ, nachdem unter Parteiblatt seinen
Schwindel festgesetzt und auch nicht losgerief, bis er
widerrufen hatte. Das Beispiel zeigt wieder einmal, wie
fruchtlos die broden Gegner und nicht zuletzt auch die
fortschrittliche in Kampfe gegen die Sozialdemokratie sind.

Aus dem sächsischen Landtage. Die nationalliberale
Fraktion hat nimmer die schon angeführte Interpellation
wegen Maßnahmen zum Schutz der Arbeitswilligen einge-
bracht. — Die sozialdemokratische Interpellation wegen Ab-
weilung der Seinarbeitsausstellung auf der Internationalen
Botanik-Ausstellung in Dresden gelangt am Mittwoch zur
Verhandlung. Es werden dazu die Genossen Heit und
Riem sprechen.

Die medienburtsche Verfassungsgesetzgebung. Die medien-
burtsche Regierung hatte ihre Verfassungsvorlage,
das berühmte Zentrum, das der Landtag durch die Ab-
stimmung der Bürgermeister einmal zu Fall gebracht hatte,
bekanntlich wiederholt. Freitag nachmittag hat die Kan-
dlat (das sind die Bürgermeister) diese Vorlage durch ge-
sammelte Ständebestimmung abermals zur Ablehnung ge-
bracht.

Presse, Prinzregent und Landtagswahlen. Aus München
wird der „B. Z. am Mittag“ berichtet: Der bayerische
Staatsminister des königlichen Hauses und des Äußeren
hat sich an den Vorstand des Landesverbandes von Bayern
des Reichsverbandes der deutschen Presse namens der
Staatsregierung gemeldet, um den Vorstand anbeizugeben,
seinen Einfluß bei der Presse in folgender Weise dahin
auszuüben, man möchte im gegenseitigen Einvernehmen
aller Parteirichtungen von einer Eingetragung des Prinz-
regenten in die Erörterungen der Presse Abstand nehmen.
Der Vorstand des Verbandes der bayerischen Presse hat je-
doch das Eründen des Winklers abgelehnt, und zwar mit
Rücksicht darauf, daß die Satzungen des Reichsverbandes
der deutschen Presse unter Fernhaltung aller trennenden
politischen oder professionellen Gesichtspunkte nur die Wahrung
der Berufs- und Ständebestimmungen und der journalisti-
schen Berufslehre und Förderung der wirtschaftlichen Lage
der Mitglieder bezwecken.

Bayern wendet sich gegen die Allmacht des Kapitals. Das
bayerische Kultusministerium hat, wie die „Donau-Zeitung“,
das Organ des bekanntesten bayerischen Volkspapier Dr. Pöcher
meldet, wegen der jüngsten päpstlichen Sendung, nach der
die sich etwa trübsal machenden katholischen Geistlichen
den Gerichten entzogen werden sollen, bereits Verhandlungen
mit dem Papst angesetzt. Das bayerische Ministerium
habe die bischöflichen Ordinariate wissen lassen, das päp-
stliche Dekret dürfe nicht eher veröffentlicht werden, bevor
die Angelegenheit kirchlich und staatlich geordnet, und die
Genehmigung der Regierung eingeholt worden ist. Die
bayerische Regierung könne aber ihre Genehmigung zu dem
Motu proprio des Papstes nicht geben, da es nicht bloß in
die bayerischen Landesrechte, sondern auch in das Reichsrecht
angreife. Erst würde man im Reichstage über diesen Ein-
griff in die Zuständigkeit des Reiches reden müssen.

Kampf gegen die Zensur — mit bekräftigtem Papier.
Stolz teilt der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie

mit, daß von seinem gegen die Zensur-Agitation der
Sozialdemokratie herausgegebenen Flugblatt schon hundert-
tausende von Exemplaren verbreitet seien und daß weitere
Quantitäten dieses Flugblattes nicht nur allen Zweigen
des Reichsverbandes selbst, sondern auch allen anderen
nationalen Verbänden und vaterländischen Vereinen und
etwa den Organisationen der bürgerlichen Parteien in jeder
beliebigen Anzahl unentgeltlich zur Verfügung ständen.
Schade nur, daß von all diesen ungenutzten Blättern kein
Blatt nicht — ja! wird! Und wir glauben, daß sich die
Logik des Dargers schließlich doch als stärker erweisen wird
als die Logik des Reichsverbandes. Wie lautet doch sein
Heimlich Heime?

„Im hungrigen Wagen Eingang finden
Nur Suppenlogik mit Anbeldgründen,
Nur Argumente von Kinderbraten,
Geschicht mit Köttinger Kurtsitäten!“

„Mit solchen, allein durchschlagkräftigen Argumenten
vermag der Reichsverband leider nicht auszuweichen!“
— Uebrigens wird in den nächsten Tagen ein sozialdemokrati-
sches Antwortblatt auf das Zensurungsflugblatt des
Reichsverbandes herausgegeben werden.

Die Anstufungspolitik des Stimmereineren. Im
Stimmereineren sieht seine Aufgabe nicht nur darin, poli-
tische Grundbelager durch deutsche zu ersetzen, indem er
will in den politischen Gegenden auch das Ausland gramma-
mieren. Die „Christliche Arbeiterbewegung“, die
b. S., die ein direktes Anhängel des bekannten Stimmereineren
ist, ludte vor einiger Zeit in der Adresse eines
Steinleher, der sich in einer öffentlichen Sitzung nicht mehr
lösen will. Einer der Redaktoren war vorwärts ge-
gangen, sich erst zu erkundigen, wo denn der Steinerleher
so notwendig gebraucht würde und wie es da mit der
Konfurrenzverhältnissen steht. Er erhielt den Bescheid, daß
es sich um Gr. S. handle, ein Ständchen von 600 Ein-
wohnern, in dem bereits drei Christliche Arbeiter unter
nehmer anständig sind. Außerdem seien in der nächsten
Gebung noch drei weitere Konfurrenten.

Wenn man bedenkt, daß nach den Ergebnissen der
Wahl- und Gewerbezählung auf je 2500 Einwohner ein
einzelne Arbeiterbesitz entfällt, kann man sich leicht ver-
stellen, wie erregendes Arbeitsfeld dem neuangehenden
Lehrmeister hier blühte. Allerdings wurde dem neuen
Lehrer durch den Stimmereineren verweigert, daß er zu
Verständigung durch den Konrad zu rechnen habe —
Selbstverständlich sind die eingeleiteten deutschen-nähtlichen
Unternehmer über den „sachlichen“ neuen Kon-
furrenten nicht sehr erbauet, und sie werden ihm dabei
aus wirtschaftlichen und politischen Gründen das Leben so
sauer wie möglich machen.

Und diese Wohnhosen sollen dann zugleich auch noch
ein „gunde Mittelstandsbesitz“ sein.

Unzuverlässige Baunternehmer. Die Vermittlung des
Baunternehmerverbandes von ungeeigneten Elementen be-
gegnet vom 7. Januar 1907) soll noch einen neuen Ge-
schick der preussischen Reformminister von den Politik-
büden noch mit mehr Kadaver betrieben werden, als
bisher geschehen ist. Raumentlich bei neuangehenden
Baunternehmern durch den Konrad zu rechnen habe —
Selbstverständlich sind die eingeleiteten deutschen-nähtlichen
Unternehmer über den „sachlichen“ neuen Kon-
furrenten nicht sehr erbauet, und sie werden ihm dabei
aus wirtschaftlichen und politischen Gründen das Leben so
sauer wie möglich machen.

Militärjustiz. Aus Kiel wird der bürgerlichen
Presse berichtet: Das Oberkriegsgericht der Hochseemarine
verurteilte am Sonnabend die Matrosen Lohmann und
Zimm von Konigsberg „von der Lahn“ wegen willkürlicher
Kauftrahns unter Anwendung von Gewalttätigkeiten gegen die
Vorgesetzten zu je fünf Jahren und einem Jahr Zuchthaus
und Ausweisung aus der Marine. — Die Hochseemarine
„Voll“ nennt das „schwarze Urteil“ eine weitere „strenge,
aber gerechte Strafe“. Es wird sich bei der Be-
strafung aber wieder um Vergehen gehandelt haben, die
man im bürgerlichen Leben als Lappalien betrachten
würde. Gleichwohl müssen wir daher sowohl das strafbare
Verhalten des Militärgerichts, als auch die Inoperabilität
der „Voll“ verurteilen.

Holland.

Protest gegen das deutsche Schiffsahrtsabgeleit.
Wie aus dem Haag berichtet wird, verläuft dort die
deutsche Schiffsahrtsabgeleit ihre Anstalt in dem, daß
deutsche Schiffsahrtsabgeleit trotz der Anstalt der
selben durch den Deutschen Reichstag keineswegs
Golland sei auf seinen Fall geneigt, die durch die
Schiffsahrtsabgeleit von 1808 festgelegte freie Schiffsahrt auf
den Rhein preiszugeben. Ferner will man wissen, daß
Österreich noch genau so stark wie vorher auf seinen ab-
weisenden Standpunkte steht. Man weiß deshalb nicht, auf
welcher Grundlage die deutsche Regierung die entgegen-
setzten Verhandlungen führen will.

Türkei.

Streik in den Dardanellen? Der Krieg um Tripolis
ist in ein neues, schweres Stadium getreten. Nach einer
Konstantinopeler Meldung sollen die Mächte sich geeinigt
haben, der Fortsetzung des italienisch-türkischen Krieges
in den Dardanellen keinen Widerstand entgegenzusetzen. Die
internationalen Meldung lautet:

Konstantinopel, 3. Dezember. In bürgerlichen
blomatischen Kreisen verläuft, man könne auf Grund
des Gedankenaustausches zwischen den Mächten annehmen,
daß die beiden kriegführenden Parteien fast der Wendung
Konvention von 1871 die Aktionsfreiheit in den Darda-
nellen in Bezug auf Angriff, Verteidigung und Blockade
erhalten und zwar unter der Bedingung, daß die inter-
nationale Schiffsahrt nicht darunter leide.

Eine Streikführung in den Dardanellen ohne Schließung
der internationalen Schiffsahrt ist natürlich unmöglich.

Geheisse und Miten fragen nicht, ob Freund oder Feind, sie schlagen eben, wo sie hinfallen. Es fragt sich nun, ob diese Verbindung in allem Ernste gestellt ist, um einen Dardanellenkrieg doch noch zu verhindern, oder ob sie als eine Formel anzuheben ist, die den Mächten eventuell ein Hintertreiben offen lassen soll, falls es ihnen im Laufe der Ereignisse geboten erscheint, einzugreifen. Es ist selbstverständlich, daß vom Tage des Beginns der Feindseligkeiten an kein Schiff es wagen wird, die Dardanellen zu passieren, und damit ist ja schon die Schädigung der internationalen Schifffahrt gegeben. Die Mächte könnten also schon am ersten Tage den kriegsführenden Parteien ein entschiedenes Halt jurein.

Türkische Flotte der Dardanellen. Konstantinopel, 3. Dezember. Die Flotte hat heute an die Signalmächte von 1871 eine Note gerichtet, in der sie mitteilt, daß die Türkei angesichts des andauernden aggressiven Vorgehens Italiens gegen die Küste des Roten Meeres, das sich auch auf andere Küsten ausbreiten könne, nicht auf den gewöhnlichen Schutz der Dardanellen verzichten dürfe und sich zwingen sehen werde, die Kreuzung zu schließen. Diese Schließung der Dardanellen wird seit gestern vorbereitet. Schon gestern verließen, man werde alte Schiffe im Fahrwasser der Dardanellen verankern. Heute ist diese Maßnahme definitiv beschlossen worden, und einige alte Schiffe sind bereits aus der Kumpfkammer im Goldenen Horn nach dem Hafen außerhalb der alten Brücke geschleppt worden, um nach den Dardanellen geschleppt zu werden. Davor sind alte Schiffe, die selbst dem berühmten Don als alte Eisen zu schrot waren. Maschinen und wertvolle Metallteile sind schon lange entfernt. Eine Ironie des Schicksals will es, daß die Türkei mit ihren alten Kriegsschiffen, an denen sie wieder ist, wie fast alle Staaten, noch einmal ins Feld zieht. Die Schiffe selbst verrotten und zur Verankerung von Minen benutzt werden. Dadurch hofft man, auch an den tiefsten Stellen der Dardanellen, an denen sonst ein Verankern unmöglich ist, die Durchfahrt zu schließen.

Kleine politische Nachrichten. Es verlautet, daß der Reichstag am Mittwoch nicht auflöst, sondern bis 17. Dezember vertagt wird wegen der allgemeinen ängstlichen Stimmung. — Der Gouverneur von Mexiko, von Reichensberg, soll nachdringlicher Einbuß sein. — Der Normier Bedenkung v. Deul hat seine Wiederwahl zum Reichstag abgelehnt, weil in der nationaldemokratischen Fraktion Kuffstatorspolitik getrieben würde. — Die demokratische Vereinigung in Frankfurt a. M. führt den Reichstag, der die Reichstagsarbeiten seiner eigenen Kandidaten aufzählen, sondern gleich im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten zu stimmen. — Der Staatsminister der Marine der Vereinigten Staaten empfiehlt in seinem Jahresbericht, jährlich zwei Schiffschiffe zu bauen. — Der frühere portugiesische Minister João Alvares ist unter der Verfolgung, an der die Revolution gegen die Republik teilgenommen zu haben, verhaftet worden. — Der holländische Minister des Innern hat eine Kommission eingesetzt, welche die dritte Devisen-Friedenskonvention vorbereiten soll. — Die gutezeitliche Presse wider, daß Kaiser Franz Josef sich einen leichten Schnupfen zuzieht und daß die deutsche Kronprinzessin in der zweiten Dezemberwoche entbinden wird.

Parteinachrichten.

Landtag. Anlässlich der Vollendung meines 70. Lebensjahres sind mir aus den Partei- und Freundeskreisen von nah und fern, sowie aus den Verfassungskreisen, in die mich das Vertrauen der Parteigenossen gestellt hat, so zahlreiche, sichtbare Beweise treuer Freundschaft, kameradschaftlicher Liebe und Verehrung dargebracht, daß es mir schwer fällt, jedem Einzelnen für das Gute und Liebe, das mir zu tun geboten, persönlich zu danken.

Man sagt: wenn das Herz voll ist, dem läuft der Mund über. Ich habe die Erfahrung gemacht, wenn mir das Herz voll ist, fehlen mir die Worte. Ich bitte darum alle diejenigen, denen ich nicht persönlich meinen Dank abfragen kann, denselben auf diesem Wege entgegennehmen zu wollen.

Berlin, den 1. Dezember 1911. W. Pfannkuch.

Lokales.

Mittlingen, 5. Dezember. **Bekanntmachung.** Am Sonntag, den 24. Dezember d. Js., wird in sämtlichen Gemeinden des Herzogtums die Beschäftigung von Arbeitern im Barber- und Friseurgewerbe in Abweichung von den Bestimmungen unter Ziffer 5 der Ministerial-Bekanntmachung, betreffend die Regelung der Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe, vom 31. März 1895, ausnahmsweise bis 7 Uhr abends gestattet.

Die Bekanntmachungen aus dem Handelsregister und Genossenschaftsregister sind im Jahre 1912 außer in dem Wochenanzeiger, in den Oldenburgischen Anzeigen, dem Wilhelmshavener Tageblatt und der Wilhelmshavener Zeitung zu veröffentlichen.

Liebhaderkänfte aller Art sind gerade in neuerer Zeit in allen Kreisen recht beliebt. Eine solche bietet außerdem die beste Gelegenheit, unsere Angehörigen, Verwandten und Freunde mit mehr oder weniger künstlerischen und hoch willkommenen Geschenken zu erfreuen. Als ein solcher Führer ist dem so reichhaltigen Gebiete der verschiedensten Liebhaderkänfte bietet sich uns in der dem neu erschienenen Werke von Viktor Achenbach „Das große illustrierte Buch Liebhaderkänfte“. Das Werk wird unseren Lesern in unserer Expedition gegen zur Ansicht vorgelegt und ist auch an der oben Stelle zu dem außerordentlich billigen Preise von 3 Mark zu kaufen. Wer seinen Angehörigen, auch seinen älteren Kindern, eine große Freude machen will, der lege ihnen das „Große Buch der Liebhaderkänfte“ auf den Weihnachtstisch.

Auf den Spuren der „Mittlinger Bürger-Zeitung“ wandelt der Hausbesitzerverein, indem er sich die Unterhaltungen und Verbindungen des obenverordneten Wortes unterlegen zu eigen macht und es für nötig erachtet, am Mit-

te noch eine Resolution gegen die Presse anzunehmen. In der Resolution selbst vermahnt man, das „Nordd. Volksblatt“ direkt anzunehmen, trotzdem in der Debatte ganz besonders über uns rühmend worden sein soll, vorausgesetzt daß der Bürger-Zeitungs-Bericht nicht flunkert. Sächsisch enthält die Entschließung nichts, was wir nicht schon in der Freitagsnummer widerlegt haben. Die Heftigkeiten unserer Entgegnung ignoriert das Blatt natürlich, wie das immer geschieht, wenn es von uns einen kräftigen Klaps auf den Kopf bekommt, dafür benutzt es den Bericht über die Hausbesitzer-Verammlung, um das Widersetzte unwirksam zu wiederholen. Weitere Polemik würde dem Blatt nur eine Bedeutung geben, die es in Wirklichkeit nicht besitzt. Verträgt der Hausbesitzerverein Bant oder eine Identifizierung mit diesem Organ und seiner schmählichen Kampfesweise gegen uns, so charakterisiert er sich selbst zur Genüge.

Wilhelmshaven, 4. Dezember. **Von der Spionageaffäre.** In der heiligen Spionageaffäre sind in den letzten Tagen drei weitere Verhaftungen erfolgt. Der Landeserrat ist zu Gunsten Englande begeben worden. Es soll ein vollständiges Verbrechen vorliegen. Inzwischen wird die Sache weiter geheim gehalten, aus welchem Grunde, wird jedoch nicht mitgeteilt.

Wilhelmshaven. Im Seminarschule wurde gestern zum erstenmal „Die Schängelkiste“ von Edmund Oyster gegeben. Die in der Umgebung des Admireals spielende Handlung gibt ein buntes Bild dorlicher Gebräuche. Wie bei vielen der neuen Operetten ist die Handlung etwas unklar und verworren und zwischendurch allerhand unklare Sachen mit älteren und neueren Kalauern als Konsett verstreut. Das Stück ist überhaupt nichts Besonderes oder etwa gar ein Schläger, und auch die Musik besitzt keine Originalität, doch ist sie immertun nett unterhaltend und einige ihrer Weisen sind bereits in die Tingeltangel und Raffschäuler gedrungen.

Die Operette bot den stimmlichen Leistungen des Herrn Heidenreich und seiner Partnerin, Fräulein Schürer, eine gute Gelegenheit. Die genannte Dame hat in allen ihren Bewegungen noch das Könnenhafte an sich, doch ist ihre Stimme ohne allen Zweifel hinreichend und wirkt auf den Zuhörer direkt wohltuend. Den in der Handlung verstreuten Humor brachte Herr Jarocki vorzüglich zur Geltung, und auch die Velel des Fräulein Bechold-Kehmann und Herr Stoffregen waren auf der Höhe. Verehrer verheißt allerdings zuweilen gänzlich den Dialekt, um ihn nachher um so schärfer hervorzuheben. Dafür wurden aber die Tanzduette von ihm und Fräulein Bechold-Kehmann so vorzüglich gelungen und geprungen, daß das Publikum stimmung eine Wiederholung verlangte, die dann auch liebenswürdig gegeben wurde. Das jährlich erscheinende Publikum dankte nach jedem Akt durch stürmischen Beifall.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 4. Dezember. **Der Stadtmagistrat macht bekannt:** Die quer über die Pferdewegspfade führenden Wege sind Fußwege und deshalb für den Radfahrverkehr verboten.

Der Konsum-Verein hielt am Sonnabend eine außerordentliche Generalversammlung ab, um zu dem Antrag auf Errichtung einer Filiale im benachbarten Süde Stellung zu nehmen. Die Versammlung stimmte einstimmig dem Vorschlage auf Errichtung der Filiale zu, da dem Verein besondere Aufwendungen dadurch nicht entstehen. Es haben sich bereits über 200 Personen zum Beitritt gemeldet, sodas die Rentabilität der Verlausstelle gesichert ist. Seitens des Geschäftsführers wurden alsdann Mitteilungen über die Entwicklung des Vereins in der Zeit Januar-Oktober gemacht, in der der Umsatz um über 250 000 Mk. gestiegen ist und ebenso die Mitgliederzahl eine ganz erhebliche Steigerung erfahren hat. Wünschenswert sei es, daß die Mitglieder die Sparfahrscheinrichtung des Vereins stärker benutzen und auf eine weitere Vermehrung der Kapitalkraft des Vereins hingewirkt würde. Der Gesamtumsatz des Vereins übersteigt jetzt bereits den Betrag von zwei Millionen Mark.

Spielplan des Groß-Theaters. Dienstag, 5. Dezbr. (36. Vorstellung im Abonnement): „Das kleine Schokoladenmädchen“. Anfang 7 30 Uhr. Mittwoch, 6. Dez. (5. Vorstellung im Abonnement für Auswärtige): „Das Räthchen von Heilbronn“. Schauspiel in 5 Akten von H. v. Kleist. Bühnenbearbeitung von Prof. Dr. A. Seidl. Anfang 4 Uhr. Donnerstag, 7. Dez.: Generalprobe des Singvereins. Freitag, 8. Dez.: Konzert des Singvereins. Sonnabend, den 9. Dez. (außer Abonnement): Schülervorstellung für die Eid. Schulen): „Das Räthchen von Heilbronn“. Anfang 4 Uhr. Sonntag, 10. Dez. (37. Vorstellung im Abonnement): Freipläche haben keine Giltigkeit. Der Zigeunerbaron“, Operette in 3 Akten von J. Strauß. Anfang 7 Uhr.

Beer, 4. Dezember. **Wädchenhändler in Ostpreußen?** Das räthelhafte Verschwinden des Dienstmädchens Jenna Janssen hat noch immer keine Aufklärung gefunden. Verdächtige bei der Angelegenheit jutage getretene Umstände haben die Vermutung aufkommen lassen, daß die Vermisste nicht im Wasser des Hafens in Lunden lag, sondern von fremden Personen entführt wurde. Diese Annahmen erhalten neue Nahrung durch eine Mitteilung aus Tetern und Angschien, in der das plötzliche Verschwinden von drei jungen Wädchen gemeldet wird. Mit den Wädchen sind zugleich drei Hausherr verdammt, sodas die Vermutung, daß in Ostpreußen Wädchenhändler an der Arbeit sind nicht von der Hand zu weisen ist.

Aus aller Welt.

Unter falschem Namen in Genua. Durch seine Hand schrift wurde ein Doppeldecker- und Dartschiffminder entführt, der vor einiger Zeit in Genua verhaftet und zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Diele Schindelnleien schrieb man einem 43 Jahre alten aus Köln

gebürtigen Kaufmann Christian Feiler zu, der vor drei Jahren in Lunden zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Später aber aus der Zuchthaus entwichen war. Es ergab sich jedoch, daß Feiler der Schwinder nicht sein konnte, weil er in der kritischen Zeit in Köln in Untersuchungshaft lag. Erst jetzt ist es gelungen, festzustellen, daß sich hinter dem „Oberinspektor Ledemig“ der 45 Jahre alte zu Groß-Gliende im Kreis Hagenfeldland geborene Hauptmann a. D. und Landwirt Heinrich Berger-Landefeld verbarg.

Kleine Tageschronik. Da man als Ursache des Großsturzes in der Akademie des Infanterieregiments Nr. 100 Brandstiftung annimmt, wurden sämtliche Kaufmannsregimentäre, die in dem abgedrehten Raum zu ihm hatten, beschattet. — Wie die Oldenburger Sternwarte mitteilt, wurde in Klagen an neuer Romel 12. Größe bei dem Stern Sigma im Stde der Jungfrau entdeckt. — Bei einem Sturbe bei der Berliner Theaterschiffahrtfirma Hugo Bernh. u. Co. sind für mehr als 100 000 Mark Reparaturkosten und Material verbrannt. — In der Nähe von Beuthen wurden am Freitag zwei Jäger zusammen. Jchu Personen wurden verhaftet. — Auf der Zuchtstätte bei Beuthen stand der Bergmann Kemmer unter der Aufsicht, als die Jäger die nicht erwachte und dem Bergmann nachträglich plünderte. — In Gernroth ist der mit der Kassenverwaltung des Roten Kreuzes betraute Landeshauptmann-Direktor Konstantin Jents wegen Besetzung von 80 000 Franken des Vereinsvermögens beschattet worden. — In der ungarischen Erbschafts-Verfahren hat der Herr von Károlyi sein Vermögen, die er auf früherer Tod bei einer Intestate erlangt, durch sechs Stenoverkäufe geteilt, sein dreißigjähriges Töchterchen erachtet und sich sodann erhängt. — Im Alter von mehr als 100 Jahren starb der Gründer des Fortland-Journals, Hr. John Charles Johnson in Gernroth. Hr. Johnson erwarb eine sehr reiche Familie und setzte sich einer sehr ruhigen Gesellschaft. Er war Wittwengler und lernte nach im 87. Lebensjahre das fahren. — In Persien ist Kaiser-e-Daulah, der seinerzeit die Einführung des konstitutionellen Regimes beauftragt hatte, ermordet worden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 4. Dezember. Schriftsteller Friedrich Derenburg ist 78 Jahre alt, gestorben.

Berlin, 4. Dez. Die Postoren der Reformationskirche haben aufgefördert, die von der Metallarbeiter-Auspeerrung betroffenen Gemeindeglieder zu unterstützen.

Leipzig, 4. Dezember. Im Tannenwalde beim Lindenthaler Erzgrubeplatz ist letzte Nacht der Holzeimer v. Dreitenfeld durch Wildschützen erschossen worden. Von dem Täter hat man keine Spur.

München, 4. Dezember. Der Flieger Meck, der gestern nachmittag um 1 Uhr auf dem Flugplatz Wilhelmsdöfen einen Lieberlandfluge nach Rürnberg aufstieg, war, ist bei Dreitenfurt in Mittelfranken abgestürzt und war sofort tot.

Königsberg i. Pr., 4. Dez. Die in der Königsberger Uniongerei infolge des Formertreifs angeordnete Auspeerrung ist Sonnabend von der Direktion verhängt worden. Die Arbeiter sämtlicher Betriebsabteilungen wählten ihren Arbeitsplog verlassen. Es kommen zierf 900 Personen in Frage.

Paris, 4. Dez. Die 36 Jahre alte Ehefrau eines ehemaligen Kolonialgendarmen tötete gestern ihren Mann während er schlief durch drei Revolverkugeln. Ihre dann zu der Tante ihres Mannes, einer 68 Jahre alten Frau, und erschah diese ebenfalls. Darauf stellte sich die Wädlerin der Polizei. Als Grund ihres Tuns gab sie an, sie sei von den beiden Geblöteten auf jede Art und Weise gemortet worden.

Paris, 4. Dez. Die Agence Havas meldet aus Terna: Ungefähr tausend Türken und Araber machten auf die Südfreit der Italiener einen allgemeinen Angriff, wurden aber durch heftiges Artilleriefeuer zurückgetrieben.

Reims, 4. Dez. Der Flieger Brévoit hat mit einem Jahrgang eine Höhe von dreitausend Meter erreicht und damit einen neuen Weltrekord aufgestellt.

London, 4. Dez. Die „Daily Mail“ meldet aus Hankan, daß der Bischof von Shang in das deutsche Konsulat gestüht ist.

Ferhan, 4. Dez. In der Stadt herrscht große Erregung. Die Bolare und Läden sind geschlossen. Tausende junger Leute veranstalten Umzüge und Kundgebungen, besten Plakate an die auswärtigen Geschäften und rufen: „Den Tod der Freiheit!“ In Adwin soll Prinz Firman Firma ermordet worden sein.

Täbris, 4. Dez. In den Wolchen rufen die Geistlichen alle Perler zur Einigung und zum Kampfe gegen die Ausländer auf. Viele Gewehre sind verteilt worden.

Quittungen.

Für die ausgepeerrten Tabakarbeiter gingen bei der Redaktion ein: 10,25 Mk. von W. W., gesammelt auf der Werkstattversammlung.

Für die ausgepeerrten Tabakarbeiter gingen bei der Redaktion ein: 10,00 Mk. am Sammelheft Nr. 1 17,25 Mk. am 30. November in der konventionellen Versammlung gesammelt.

Stade, 1. Dezember 1912. D. Seggermann.

Für die Tabakarbeiter gingen bei dem Unterzeichneten ein: 1,00 Mk. von Genossen W. G. Der Betrag ist dem Kassierer des Kartells übermiltelt.

Für den Wahlfonds gingen bei dem Unterzeichneten ein: 1 Mk. von Genossen W. G.

Oldenburg, 3. Dezember 1911. Paul Aren.

Berantmerksliche Reduktion: J. Kliche, Verlag von Paul Dug, Notationsdruck von Paul Dug & Co. in Mittlingen.

Hierzu eine Beilage

:: Oldenburg ::

Arbeiter aller Berufe! Kauft eueren Bedarf an Schuhwaren

nur bei einem Fachmann und zwar bei

Ludwig von Häfen in Oldenburg

55 nur Achternstrasse 55, neben der dänischen Fischhandlung.

Gratis: Hübsche Weihnachts-Zugabe!

Hauptpreislagen 6.50, 7.50, 8.50 Mk.

Achten Sie bitte genau auf Firma und Nummer 55.

Restaurant Belz

Seitenstraße 4.

Dienstag den 5. Dezbr.:

Großer Preis-Stat

Anfang 8 Uhr abends.
Ausgespielt werden Fleisch- und
Wurstwaren.

Carl Bastian

Photogr. Anstalt

Marktstrasse 43a.

Photographien u. Vergrößerungen
in allen modernen Verfahren,
Ausführungen und Preislagen.
Das Versteckste, die Photographie
als Kunstblatt zu besonders
niedrigen Preisen.

Geöffnet von 9 bis 7 Uhr.

Dat. Zeit f. Aufnahm. v. 9 h. 1 Uhr.

Nicht dauernd in Wilhelmshav.

Verloren

eine Pferdedecke mit Namen.
Wiederbringer erhält Belohnung.
Rüstringen, Himmstr. 10.

Ich bitte um Ihre Hand!

Ich will sie lehren, antzudekende
Handarbeiten herzustellen. Ich
bin das neue Favorit-Handarbeits-
album, ein Liebling der Frauen.
Preis nur 60 Pf. Erhältlich bei
Carl Pape, Wilhelmshav. Strasse.

Frische Knick-Eier

Stiege 1.20 Bfr.

Spezial-Giechhandlung,
Wilhelmshaven, Bückenstraße 22b.

Fahrräder

emalliert, vernickelt und repariert

Adolf Eden, gepr. Meister.

Rüstringen, Wägenstraße Nr. 12.

Maler!

Untericht im Malen, Zeichnen
und Schilderemalen für Schulen
und Vereine erteilt

Dr. Fischer,

Rüstringen, Schillerstraße 11.

Grosse lebende Seemuscheln

10 Pfd. 60 Pf., Zentner 3 Bfr.

C. Bader, Alsenbelagerung Nr. 18.

Wichtig zu verkaufen ein groß.
Zumb. verschiedene Haushaltungs-
gegenstände, abg. Meisberchent,
Kammode, Tischschrank, zwei
Tische, Sofa, sechs Stühle, Spiegel
und verschiedene Kleingeräte.

Häusers Landwehrstr. 24.

Sofort zu verkaufen

eine kompl. Ladeneinrichtung
für Kolonialwaren und ein
Trojanstranz.

Woh. im Laden Neumstr. 10.

Fast neuer Ofen

büße zu verkaufen.

Rüster Straße 74, Hofgebäude.



Mutter und Kinder

kennen die Vorzüge von
Palmin (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzen-Butter-
Margarine) als Speisefett und als Brotaufstrich. Diese Pro-
dukte sind von absoluter Reinheit, leicht verdaulich (kein
Kaffee, kein Sodabrennen!), sehr preiswert und gänzlich
frei von tierischen Fetten. - Man vermeide die zahl-
reichen Nachahmungen, betrachte ihr Vorhanden-
sein vielmehr als einen Beweis für die vorbildliche
Qualität unserer Produkte.
H. Schlindt & Cie. H.-G.
NB. Palmin heißt auch „weid“ (Kamatzähnlich) zu haben.

Das Beste für Sie!

ist das Köstritzer Schwarzbier. Mit seinen vielen
Extrativ- und Mineralstoffen, seiner vielen Phosphor-
und Kohlensäure bietet das Köstritzer Schwarzbier
alles das, was zur lebhaften Blutbildung und zum
Körperaufbau dient. Seit alten Zeiten - das
Köstritzer Schwarzbier wird seit über vier Jahr-
hunderten gebraut - wird es ständig von ärztlichen
Autoritäten abgearbeiteten, Schwächlichen, Blut-
armen und Bleichsüchtigen, Nervösen und Heko-
valentes empfohlen. Stillende Mütter trinken
es mit Vorliebe, weil es nachgewiesenermaßen die
Milchabsonderung fördert, ohne dem Säugling -
das Bier hat nur wenig Alkohol - zu schaden. Alle,
die infolge geschwächter Gesundheit oder schwerer
körperlicher Arbeit eines intensiven Ernährung be-
dürfen, die das gesunde Körpergewicht heben,
widerstandsfähiger werden wollen, sollten Köstritzer
Schwarzbier trinken. Vortzöglicher Hausrunk, wohl-
bekömmliches Kneipbier. Echt nur bei **Otto Schnieder**
in Rüstringen-Wilhelmshaven, Neumstrasse 34.

Wilhelm - Theater
(Seemannshaus).

Dienstag den 5. Dezember, abends 8.15 Uhr

Sensations-Schauspiel!

Ein seltsamer Fall.

Schauspiel in 1 Vorpiel und 4 Aufzügen.

Oldenburg.

Am Dienstag den 5. Dez., abends 8.30 Uhr
in Doodts Etablissement:

Oeffentl. polit. Versammlung.

Tagessordnung:

Die bevorstehenden Reichstagswahlen
und die Sozialdemokratie.

Referent Reichstagskandidat Redakteur Johs. Stellung
aus Lübed. - Freie Diskussion.

Zu zahlreichem Besuch, auch seitens der Frauen, ladet ein
Der Vorstand des soziald. Wahlvereins.

Nordenham.

**Oeffentl. Reichstagswähler-
Versammlungen**

in **Necken** am Dienstag den 5. Dezember, abends
8 Uhr, im Lokale des Herrn Waas.

in **Abbehausen** am Mittwoch den 6. Dezbr., abends
8 Uhr, im Lokale des Herrn Strubhoff.

in **Neuen** am Donnerstag den 7. Dezember, abends
8 Uhr, im Lokale des Herrn Bitter.

Tagessordnung:

Die bevorsteh. Reichstagswahlen u. die Sozialdemokratie.

Referent: Reichstagskandidat Paul Zug-Nüstringen.

Freie Aussprache.

Zu diesen Versammlungen ist jedermann freund-
lichst eingeladen.

Der Vorstand.

Tanzvergüügungen

finden am Dienstag in folgenden Lokalen statt:

Etablissement Tonhallen

Kaiser-Wilhelm-Saal :::

Todes-Anzeige.

Gestern morgen 1 1/2 Uhr starb unsere langjährige
Freundin

Frau Witwe Helene Warnid
geb. Roseneyer

im Alter von 83 Jahren. Nachdem ihr vor fünf
Jahren der Mann durch einen Unglücksfall genommen
wurde, ist sie demselben nach kurzer, heftiger Krank-
heit gefolgt. Dies geht mit der Bitte um stille Teil-
nahme an

Rüstringen, den 4. Dezember 1911.

Familie J. B. Harms.

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 6. Dez.,
nachm. 2 1/2 Uhr, vom St. Willibrod-Hospital aus statt.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**

Jahrestelle Rüstringen-Wilhelmshav.
Die am Mittwoch den 6. Dezbr.
fällige Wechseltags - Versamm-
lung fällt aus.

Die Erwerbslosigkeit.

Sozialdem. Wahlverein

Distrikt IV.

Bezirk 12 bis 20.

Mittwoch den 6. d. M.,
abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

in den vier Jahreszeiten.

Tagessordnung:

1. Vortrag von Herrn Krüger:
"Das System der Einkünfte-
steuer."

2. Die neue Bezirksinteilung.

3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Ge-
nossen wird erwartet.

Der Bezirksführer.

Ortskrankenkasse

für den

Amtsbezirk Butjadingen

Donn. 4. bis 8. Dezbr.

Hebung der Beiträge.

Beitrag, Rechnungsblätter.

Variété

Metropol.

Wichtigste des internationalen

Orig.-Münch. Schauspiel-Essenzer

Dir. Prof. Thoma.

Zur Aufführung gelangt ist
heute u. d. 1. Der Eber in
Eindham. Charakteristisches Ge-
schick in 3 Akten. 2. Der Teufel
hiesel. Humoristisches oberbair.
Vollstück. Zum Schluss

Mietverträge bei Paul Bay / A.

Todes-Anzeige.

Hiermit bringen wir zur
schuldigen Mitteilung, daß
am Freitag, den 1. Dezember
1911, nachmittags 2 1/2 Uhr,
meine liebe Frau und unsere
gute Mutter

Marie Nachtigall

geb. Gaub

nach langem Leiden im
89 Lebensjahre verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten
die trauernden Hinterbliebenen

Karl Nachtigall,

August und Emilie Bergmann
nebst Kindern.

Bremen, den 1. Dezbr. 1911.

Aufkündigung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme, sowie für die reuigen
Rückgaben bei dem Einküßer
unseren lieben Entschlafenen sagen
wir auf diesem Wege unseren
innigsten Dank.

Witwe Pauline Reimann
nebst Angehörigen.



Norddeutsches Volksblatt

Reichstag.

215. Sitzung vom Sonnabend, 2. Dezember, vorm. 11 Uhr.
Im Bundesrat: Dr. Trefler.
Schnitz wird das Gesetz über die Ausgabe kleiner Aktien in letzter Lesung angenommen.

Angestelltenversicherung.

Nach § 134 werden die Vertreter aus den Arbeitgebern von den Arbeitgebervertretern, die übrigen von den Angestelltenvertretern mit den Vertrauensmännern gewählt.

Hg. Schmidt (Soz.)

begleitet einen Antrag Albrecht auf direkte Wahl der Vertreter in gewählter Wahl.
Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, dagegen ein Antrag Peters angenommen, wonach die Wahl in schriftlicher Abstimmung erfolgen soll.

Nach § 135 sollen nur Männer wählbar sein.
Ein Antrag Albrecht (Soz.) mit diesbezüglicher Erklärung.
Hr. Hermann (Sp.) verweist darauf, daß die Frauen schon bei Wahlen zu den Kreist- und Apothekerämtern haben und bei keine Veranlassung vorliegt, ihnen das Wahlrecht zu den Kantonsämtern vorzuentziehen, zumal die Zugabe der Frauen zu sozialpolitischen Arbeiten außerordentlich wünschenswert sei.
Ministerialdirektor Caspar bekämpft den Antrag. Die Kantonsämter haben auch ritterliche Befugnisse und zu Wählern eignen sich die Frauen nicht.

Hg. Wolfenb. (Soz.)

Die Vorlesung, daß gleichen Vorkäufen gleiche Rechte einzuwerden. Es fehlt jeder Grund dafür, daß die Frauen sich zur ritterlichen Tätigkeit nicht eignen. Es ist wirklich kein Grund vorhanden, die Frauen als mindernde Rechte zu behandeln, zumal die meisten Gesetz eine große Anzahl gemeinsamer Frauen in Betracht kommen. Daher bitte ich um Annahme unseres Antrags.
(Lärm links.)

Hr. Baßermann (natl.) spricht sich für die Wählbarkeit der Frauen aus und verweist darauf, daß auch die sozialpolitischen Frauenvereine diese Forderung erheben.

Hg. Kammann (Sp.)

Die Frauen hier auszuheben zu sollen, würde das Kennzeichen eines sozialpolitischen Japses sein.
(Lärm links.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt. Mit den Konventionen und dem Zentrum stimmt auch ein Teil der Nationalliberalen dagegen.

§ 150 legt fest, daß die Vertrauensmänner schriftlich nach den Grundzügen der Verhältnisse gewählt werden.

Hg. Schmidt-Berlin (Soz.)

begleitet einen Antrag Albrecht auf Ersetzung des Wortes „schriftlich“ durch „in gewählter Wahl“ und betont, daß die angestrebte Abstimmung entgegenstehenden technischen Schwierigkeiten sehr wohl überwindlich sind.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 157 bestimmt als verantwortliche Behörden in höherer Instanz die Kreisoberämter und das Oberlandesgericht. Der Gesetzentwurf ist nach letzterlicher Entscheidung mit Zustimmung des Bundesrats geregelt worden.

Hg. Schmidt-Berlin (Soz.)

Die beantragten, den Paragraphen so zu fassen: „Rechtsprechende Behörden sind die vom Bundesrat dazu bestimmten Oberversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung errichtet sind.“
Hr. Anzinger begreift die Angliederung der Regierung der Angestelltenversicherung an die durch die Reichsversicherungsordnung geschaffene Organisation. Die Verlebung der Reichsversicherungsamt kann gegen unseren Antrag nicht ins Feld geführt werden, da durch die Reichsversicherungsordnung eine sehr starke Entlastung des Reichs-

versicherungsamts herbeigeführt wird. In der Begründung der Vorlage steht nicht angegeben, daß kein Bedenken gegen die Angliederung der Reichsversicherungsamt an die Oberversicherungsämter vorliegt. Man so unerschütterlich ist es, daß sich jetzt die Regierung bereit zu erklären, dagegen erklären. In der Kommission war eine betrübliche Mehrheit für die Angliederung, und es ist doch kaum zu fürchten, daß die Regierung an dieser Frage die Vorlage scheitern lassen wird. Unser Antrag bezweckt die Schaffung von Einfachheit und Einseitigkeit. (Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Caspar bekämpft den sozialdemokratischen Antrag als unannehmbar. Seine Annahme würde das Zusammenstoßen der Vorlage gefährden.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Nach § 208 wird nach Befürwortung durch den Hg. Dr. Wolfenb. (Sp.) ein Antrag Schulz angenommen, der die Prüfung, die die Angestelltengegenstände einer rentenmäßigen Person bezieht, zur Prüfung verpflichtet, ob der Berufende als Arbeiter angesehen ist. Diese Prüfung soll verhindern, daß jemand zwischen der Angestellten- und der Arbeiterversicherung hin- und hergehoben wird.

Hg. Dr. Wolfenb. (Sp.) beantragt Einfügung eines § 343 a: Ein Versicherter, der zum Vertreter im Verwaltungsrat oder zum Vertreter im Aufsichtsrat ist, gewählt ist, kann während der Dauer seines Amtes nur auf einen wichtigen Grund vom Arbeitgeber entlassen werden. Die Bestimmungen der vorangehenden Paragraphen, die den Arbeitgebern unter Androhung von Geldstrafe oder Haft die Entlassung ihrer Angestellten in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit unterliegen, gelten nicht. So dann werden die Arbeitgeber nicht sein, die ehrenamtliche Tätigkeit als Entlassungsgrund ansetzen. Darum beantragen wir eben, daß die Androhung nur aus einem wichtigen Grund erfolgen kann.

Hg. Dr. Stresemann (natl.) bekämpft den Antrag, der nur ein Recht für die Unternehmer sein würde, möglichst die ehrenamtliche Tätigkeit ihrer Angestellten zu verhindern. Die Bestimmungen der §§ 342 und 343 seien genügend.

Hg. G. (Soz.)

Die Bedenken würden beseitigt sein, wenn man allen den Arbeitsangehörigen, die Aufnahme begehren, das Parteipartei-recht würde. Der vom Hg. Wolfenb. beantragte Antrag wiederholt einen von in der Kommission gestellten Antrag. Seine Annahme würde inwiefern ein gewissen Schutz der Privatangehörigen bedeuten. (Lärm rechts bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Wolfenb. wird abgelehnt.

Nach § 302 müssen Zusatzklassen (Hafentaffeln, Westprentionsklassen usw.) nur für die durch diesen Gesetz verschärften erreicht sein oder der Zeit des Vermögens der Angestelltenversicherung muß ausdrücklich und besonders verordnet werden.

Hg. Sacke (Sp.)

beantragt, hinzuzufügen: „Auch eigene Aufzucht“, um eine Vermögensklassen der in den betreffenden Klassen versicherten Arbeiter zu verhindern, nicht aber, nachdem auf Anregung des Hg. Dr. Wolfenb. (Sp.) Ministerialdirektor Caspar eine betriebliche Erklärung abgegeben hat, den Antrag zurück.

Nach § 307 a müssen die zusätzlichen Ortsklassen den Vorschriften bestimmter Paragraphen des Gesetzes genügen.

Hg. G. (Soz.)

begleitet einen Antrag Albrecht auf Ausdehnung der Zahl der Reichsämter, denen die Erstatlungen zu genügen haben. Besonders notwendig ist es, daß die Erstatlungen auf die Befolgung der Vorschriften in der Vorlage über den Rentenanspruch und über den Schutz des Rentenanspruchs zur Prüfung gemacht wird. (Lärm rechts bei den Sozialdemokraten.)

Seiner des ganzen Inhalts der Erstatlungen, weil dieselben vielfach dazu geräumt werden, die Angestellten auf ihren Berufsorganisations herauszuheben. Ich erinnere an das Vorgehen der „Guten Hoffnung“ gegen die Mitglieder des Lehrerverbandes und des Bundes technischer Industrieller in Weimar. (Lärm rechts bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Und es finden sich immer noch Dumme, die sich von solchen Volksagenten anführen, sich durch „radikales“ Gebaren täuschen lassen! Sie leben nicht ein, daß die ganze Anarchisterei ein gefundenes Fressen ist für das Meer von Schmarotzern, das sich „politische Polizei“ betitelt. Wie das die Geier, so laßt die Verwirrungs- spielerei das Lumpen- und Abenteuergehirn an. Vor demselben kann man sich nur dadurch schützen, daß man ihnen die Möglichkeit nimmt, ihr lächerliches Geschäft mit Erfolg zu treiben, d. h. „lobnende Entbedungen“ zu machen. So offensichtlich, wie nur möglich, das muß die Parole jeder Bewegung sein, die auf die Massen berechnet ist.

Die Verantwortung für dies infame Spitzelwesen fällt also für Deutschland auf diejenigen jurist, welche heute Hunderttausende von Staatsbürgern ihrer einfachsten politischen Rechte berauben, sowie auf die gewissenlosen Abenteuerer, die das Provokationsgeschäft ihrer Eitelkeit zugleich freiwillig betreiben. Darum unverföhnlichen Krieg den einen wie den anderen!

Die Auftraggeber des Theodor Weisk waren der Zivonoberst Kallertbad und dessen Spitzelgelle Polizeikommissar Zahn.

Am 21. September 1884 hatte Kallertbad eine heftige Unterredung mit dem Kreisdirektor von Soltau, während der in großer Aufregung davonlief. Wenige Stunden darauf verbreitete sich in Millbans die Nachricht, Polizeikommissar Kallertbad sei einem Schlaganfall erlegen. Dieser Bericht war ein gewissener und leichtfertiger Bericht. Er hatte auf seinen Reisen in fidele Weltlichkeit viel Geld durchgebracht. Der Zweck seiner Missionen war nicht, seine Oberen wirklich zu informieren, sondern möglichst viel Verbindungen zu unterhalten und dadurch reichliche Geldquellen zu erschließen. Es war ihm wohl bekannt, daß seine Strukturen nur unbrauchbar, erlogenes Zeug beizubringen, denn sie wollten, genau wie er, den Goldstrom offen halten. Das sie aber nicht, oder doch nur Verleumdungen erlitten, dafür sorgte die rote Propaganda!

Da mußte nachgeholfen werden. Die dem Drang war auch der Fall in Vieldal entpfunden. Wie erdmüht ist es um eine Staatskraft bestellt, die sich solcher den Volkskörper durchstauber Mittel bedient. Und daß Männer,

Nach § 370 müssen die Beiträge der Arbeitgeber zu den Erstatlungen mindestens den reichsgerichtlichen Arbeitsverträgen gleichkommen.

Hg. Behrens (Wirtsch. Pp.) beantragt, hinzuzufügen, „und sofern die Beiträge der Versicherenden höher sind, diesen.“
Ministerialdirektor Caspar wendet sich gegen diesen Antrag, der eine ungünstige Einwirkung in die inneren Verhältnisse der Erstatlungen bedeute.

Hg. Wolfenb. (Sp.) erklärt sich für den Antrag Behrens. Kaffen, die zwar dieselben Leistungen, aber nur durch Vermeidung der Versicherer zu höheren Beiträgen gewährt, sollen nicht als Erstatlungen anerkannt werden.

Ministerialdirektor Caspar polemisiert gegen diese Ausführungen. Wenn das Risiko in einem bestimmten Verhältnis größer ist, müssen natürlich auch die Beiträge der Versicherenden höher sein, um dieselben Leistungen zu erzielen.

Hg. G. (Soz.)

schließt sich den Ausführungen Wolfenb. an und hebt hervor, daß der Antrag Behrens dem Sinne nach in der Kommission von sozialdemokratischer Seite gestellt ist.

Hg. Schmidt (Soz.)

Der Zweck der Erstatlungen ist meist, die Angestellten an den Betrieb zu fesseln. Sie haben dabei ein gewisses Interesse an möglichst hohen Leistungen und sind in der Lage, die dazu nötige höhere Beitragsleistung allein den Angestellten aufzuerlegen. Die Annahme des Antrags Behrens würde hier eine gewisse Verbesserung schaffen, da dann nicht mehr die Unternehmer einseitig die Beiträge der Angestellten erhöhen können, sondern auch selbst die höheren Leistungen zu aufbringen müssen.

Ministerialdirektor Caspar bekämpft nochmals den Antrag, der die Arbeitgeber zu sehr belaste.
Hg. Wolfenb. (Sp.) Erstatlungen, die das notwendige Plus auf die Angestellten abwälzen werden, sollten überhaupt nicht zugelassen werden. Eine solche Bestimmung sollte bis zur dritten Lesung formuliert werden.

Hg. G. (Soz.)

Wir nehmen schon besser gleich den Antrag Behrens an, somit sublimitiert die Regierung inszwischen den Reichsparteien schon wieder ihre Besenken und es kommt wieder irgend ein Antrag Schalks. (Lärm rechts.)

Der Antrag Behrens wird hieran angenommen.

Nach § 370 können die Unterhaltungen von Knappheitsbereinern aber Stellen an Privatanstalten um den Betrag der Unterhaltungen auf Grund dieses Gesetzes geführt werden.

Nach dem Absatz 3, dessen Streichung ein Antrag Albrecht beantragt, muß die Ermäßigung mindestens in demselben Verhältnis erfolgen, wie die Mäßigung der Bezüge auf Grund der Reichsversicherungsordnung. Absatz 7 läßt eine Reihe von Bestimmungen über die Zusatzklassen auch für die Knappheitsbereiniger gelten, u. a. die Bestimmung, wonach bei einem Versicherungsfall innerhalb der ersten 10 Jahre die Reichsversicherungsamt einen Zuschuß in Höhe der Nettoeinnahme gewährt.

Hg. Vogel (natl.) begründet einen Antrag, diesen Zuschuß ohne zeitliche Beschränkung zu erteilen, wenn der Erlassung der reichsgerichtlichen Wartezeit ein Versicherungsfall eintritt. Nur durch eine Zusatzbestimmung sei dieser von der Kommission in erster Lesung angenommene Antrag in der zweiten Kommissionsberatung abgelehnt worden.

Geheimrat Hermann bittet um Ablehnung des Antrags, dessen Annahme das Gesetz gefährden wird.

Hg. Sacke (Sp.)

nimmt den Antrag zu und bittet dringend um Annahme des Antrags auf Streichung des Absatzes 3. Wie haben die betreffenden Bestimmungen auch bei der Reichsversicherungsordnung auf das härteste bekämpft und werden nicht ruhen, bis sie wieder befreit sind.

Hg. Behrens (Wirtsch. Pp.) bekämpft den Antrag.
§ 370 wird unter Ablehnung aller Anträge in der Kommissionsfassung angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird ebenfalls angenommen.

216te Sitzung Montag, 2. Ufr. (Pensions, Rechnungsachen, parlamentarische Angelegenheiten.)

Schluß 3 1/2 Uhr.

Die rote Feldpost.

Erinnerungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Von J. Seiff.

(7. Fortsetzung.)

Schwindel-Prämien.

Zu unglücklich niedrige und fortpuerende Spitzel- und Anarchistenunwesen blühte trotz der für die Polizei zu unerschöpflichen Erfahrungen ruhig weiter. In der Nummer 40 des „Sozialdemokrat“ vom Jahre 1884 wurde damals geschrieben:

Schon wieder ein königlich preussischer Anarchist!

In Vieldal (Vieland) fand am 29. September Provokationshandlung gegen die Vertreter der bekannten Stellmacher-Flakete statt. Zwei davon, Robert Pfau und Anton Wähler, wurden zu drei Monaten Gefängnis, der dritte, Theodor Weisk aus Dresden, dagegen zu 6 Monaten verurteilt.

Dieser Theodor Weisk nimmt unter ganz besonderes Interesse in Anspruch. Der Ursache, der sich schon bei der Verhaftung dadurch herauszuziehen suchte, daß er angeblich sei preussischer Polizeigeant, dies aber widerweil leugnete, hat es im Laufe des Verfahrens vollinhaltlich bestätigt und ausgegeben, daß er von einem Polizeikommissar aus Millbansen „im Namen seiner Verwandten“ monatlich 100 bis 120 Mark Spionengeld bekomme und dafür Berichte über die Anarchisten an eine „Frauenperson zu Köben der deutschen Polizei“ sandte. Und es wurde festgestellt, daß von dieser Seite her während der Zeit des Vorkriegs 120 Mark behufs besserer Verpflegung für ihn eingezahlt worden seien!

Weshalb nicht, nicht wahr? Weisk hat eingestanden, er habe fast ganz allein die Verbreitung des Flakets in Vieldal beorgt, er der Polizeigeant, daß zur Nachforschung Stellmacher aufgefordert, und wer weiß, ob er nicht im Interesse des Geschäfts ein kleines Raub-Attentat eingeschleht hätte, wenn die fatale Verhaftung nicht erfolgt wäre! So etwas bringt Geld ein und gibt den Oberen Gelegenheit, ihre staatsretterische Befähigung vor dem glänzigen Publikum im glänzendsten Lichte erscheinen zu lassen.

die als die Herren der Nation und des Jahrhunderts gelten, sich nicht scheuen, die Wirtschaft mit ihrem Namen zu decken. Und wo die Mittel zu nötigen Kulturaufgaben fehlen, nicht nur dulden, sondern mitwirken, daß die Steuererlöse des Volkes unmaralisch und unredlich vergeudet werden. Es wurde aber unverdrossen weiter gespitzelt.

Wie ich Nebenverdienst erwerben sollte!

Der Spitzelmeister und -professor Polizeikommissar Knuff in Frankfurt a. M. war am 13. Januar 1885, abends 8 Uhr, erstens aufgefunden worden. Der Tat verdächtig wurde er, eine Zeit darauf der Anarchist Julius Vieske verhaftet. Er verweigerte fortgesetzt jede Auskunft über sich und die Tat.

Um diese Zeit fand ich auf dem roten Postbureau in der Straße einen schwarzgeränderten, an mich adressierten Brief vor. Die Handschrift war mir unbekannt, aber offenbar in vertellter Schrift geschrieben. Etwas erschrocken starrte ich den „Trauerbrief“. Es handelte um:

Freiburg i. B. (Datum des Poststempels).

Sehr geehrter Herr!

Sie sind ein Vahener aus dem Amt Offenburg gebürtig. Ihre Verhältnisse sind mir bekannt. Sie haben mehrere Kinder und sind zurzeit in der Gattlinger Volksbuchhandlung beim „Sozialdemokrat“ beschäftigt. Ihre Beschäftigung dieselbe ist recht beisehen. Eine Verbesserung Ihrer Lage dürfte Ihnen nicht unangenehm sein.

Ich habe Gelegenheit, Ihnen auf anständige Weise zu einem erheblichen Nebeneinkommen zu verhelfen. Es handelt sich nämlich um Auskünfte für die deutschen Behörden über die Anarchisten. Zunächst über Julius Vieske. Da ja die Anarchisten auch Ihre Feinde sind, so erweitern Sie Ihrer Partei nur einen Dienst damit und haben eine anständig erworbene gute Einnahme.

Eine persönliche Unterredung wäre nötig. Wir könnten uns in Waldal treffen. Bitte um Mitteilung, wann Sie sich zu mir begeben. Die Sache muß aber geheim gehalten werden, auch Ihren Vorgesetzten!

Dochachtungsvoll
B. Wergenthaler.

Postlagernd Freiburg i. B.
Ich war sprachlos über diese Frechheit und überredete

Berliner Arbeitstämpfe.

Der letzte November und der erste Dezember haben für die Arbeiterschaft von Berlin zwei folgenschwere Entscheidungen gebracht: die Ausperrung der Metallarbeiter und das Scheitern der Einigungsverhandlungen in der Damentonktion. In zwei der stärksten Industrien der Reichshauptstadt ist damit der Kriegszustand eingeleitet, an die Hunderttausend Berliner Arbeiterfamilien sind in unmittelbare Notwendigkeit gezogen.

Die Vorgeschichte der beiden nun offen ausgebrochenen Kämpfe ist bekannt. Sie geht sich schon über mehrere Wochen und sogar Monate hin. Von übereilten Entscheidungen wird man also nicht sprechen dürfen. Ramentlich in der Metallindustrie hat sich der Ausmarsch zur Gefechtsstellung in einem außerordentlich ausgedehnten Zeitraum vollzogen, gewaltige Interessen stehen auf beiden Seiten im Spiel, und an Männern, die eine Verständigung dem offenen Kampfe vorgezogen hätten, hat es wohl auf beiden Seiten nicht gefehlt. Wenn es dennoch anders gekommen ist, so liegen die Ursachen auf der einen Seite bei dem mangelhaften Entgegenkommen der Unternehmer, die es trotz der äußerlich ihnen drohenden, die ihrem Geschäft drohen, auf eine Realprobe ankommen ließen, auf der anderen Seite aber bei dem naturgemäßen, notwendigen, unermüdlichen Drängen der Arbeiter, durch verheißene Arbeitsbedingungen die Schäden wieder wegzumachen, die ihnen aus der allgemeinen Wirtschaftslage, der Steigerung aller Lebensmittelpreise, erwachsen sind.

Im Brennpunkte des Kampfes in der Metallindustrie steht bekanntlich der Streik der Formner und Gießerarbeiten, den die Unternehmer durch Androhung einer Ausperrung von 60 Prozent ihres Personals niederzuschlagen versuchten. Ein Vereinbarung zur Beilegung des Streiks mihlging, da die Formner in ihrer Verammlung am letzten Donnerstag acht der vierzehn vorgeschlagenen Verständigungsparagrafen ablehnten. Den stärksten Widerstand fand dabei die Bestimmung, daß Gehaltszuschuß nur bezahlt werden soll, wenn die Formner keine Schuld trifft, denn die Arbeiter befürchten, daß ihnen immer die Schuld am Mißlingen des Gusses zugerechnet werden wird.

In sehr bemerkenswerter Weise hat sich der Vorsitzende des Verbandes Berliner Metallindustrieller, Kommerzienrat v. Borjig, über die Ausperrung ausgesprochen. Er sagte zu einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“:

Die Lage der Berliner Formner ist durchaus nicht so ungünstig, wie sie von den Arbeitnehmern hingestellt wird oder wie sie es tatsächlich in vielen Städten der Provinz ist. Die Arbeitstämpfe müssen in Berlin viel teurer bezahlt werden als in der Provinz, ohne daß die Leistungsfähigkeit eine im Verhältnis größere wäre.

Da die Entwicklung der Verhältnisse in der Metallindustrie zur Zeit eine Aufspaltung und Konzentrierung aller Kräfte auf Berlin erfordert, so wird man sich das Gehaltsniveau des Berliner Unternehmer-Vorgesetzten für spätere Gelegenheiten merken müssen. Es behält für die „Provinz“ einen dauernden Wert.

Herr v. Borjig führte dann weiter aus, daß die Unternehmer den Formnern gegenüber zu großem Entgegenkommen geneigt seien, da ein starkes Unterangebot von Kräften bestünde und ein Formner, der ein Werk verläßt, oft schon wenige Stunden später anderwärts Beschäftigung finde. Wenn die Unternehmer sich gleichwohl wichtigen Forderungen der Formner gegenüber ablehnend verhalten, so liegt das offenbar nicht in den Verhältnissen der Branche selbst begründet, sondern das Verhalten der Arbeitgeber beruht auf der Hoffnung, durch die Ausperrung der übrigen Arbeiter einen Druck auf die Formner ausüben zu können. Man sieht hier

an einem interessanten Beispiel, welchen Wandlungen das berühmte Gesetz von Angebot und Nachfrage unter dem Einfluß der modernen Wirtschaftsgesellschaften unterliegt. Die Zahl der Ausgesperrten wurde von Unternehmerseite schon für den ersten Tag mit 50000-60000 Mann angegeben. Eine Arbeiterzahl, stark genug, die Bevölkerung einer bedeutenden Mittelstadt zu bilden, ist damit ihrer gewohnten Nahrungsquelle beraubt und auf die Unterstützung durch die Organisation angewiesen.

Gleichmäßig wie in der Metallindustrie haben sich auch in der Damentonktion die Dinge entwickelt. Auch hier verhielten sich die Arbeitgeber nicht von vornherein ablehnend, sie konnten sich aber auch nicht zu Zugeständnissen entschließen, die den ausgebrochenen Kampf rasch beendet haben würden. Etwas zwanzigttausend Personen, darunter zumeist eintägige Heimarbeiterinnen, kommen für diesen Kampf zunächst in Betracht, eine Zahl, die sich bei längerer Dauer des Streiks noch vermehren kann.

Geräuschlos und ohne offensichtliche Neußerungen der Leidenschaft, wie in einem modernen Kriege, hat sich auch bei diesen großen modernen Arbeitstämpfen die Entwicklung vollzogen. Mit bewundernswürdiger Selbstbeherrschung und Ordnung ziehen die gewaltigen Massen in das große Ringen, zu dem sie die hilflose Sympathie aller Arbeiter des Reiches begleiten wird. Berlin ist nicht nur die Hauptstadt, sondern auch die größte Industriestadt des Reiches: Siege, die dort errungen, Niederlagen, die dort erlitten werden, wirken in den Verhältnissen des ganzen Reiches nach.

Guten Mutes werden darum die Arbeiter den Kampf aufnehmen, in den sie ohne Rücksicht gegangen sind und den sie weiterführen werden in lester Bereitschaft, einen ehrenvollen Frieden zu schließen. Der Friedenswille der Arbeiter, der den Kampf nicht verhindern konnte, liefert aber auch nach der anderen Seite hin den Beweis für die innere Notwendigkeit der großen Klassenkämpfe, die die Signatur unseres kapitalistischen Zeitalters bilden. Vergeltens hat man von hanabändlerscher Seite versucht, aus Gründen der Wahlkonstitution einen Nietenkampf innerhalb der Industrie um die Weichnagelzeit auszuweichen. Zwischen Kapital und Arbeit herrscht enger Streik, und noch immer wartet die Sehnsucht der Propheten nach einer Zeit, in der Volk und Mann gemeinsam werden, vergebens auf Erfüllung.

Ueber den Umfang der Ausperrung wurde bisher willkürlich abgeschätzt in der bürgerlichen Presse, wobei zuletzt auch einige Blätter dem wirtlichen Realstand nahe kamen. 20 000 Ausgesperrte nach der „National-Zeitung“, die zuerst 70 000 geratet hatte, 30 000 nach der „Volks-Zeitung“, zwischen 60 000 bis 70 000 nach den meisten anderen Wärdern! Unterdessen waren die Meldungen für die Ausgesperrten noch in voller Tätigkeit, denn die Ausperrung setzte sich vom Donnerstag bis zum Sonnabend fort, und wir können mitteilen, daß bis zum Sonnabend abend die Zahl der Ausgesperrten rund 30 000 betrug. Das Meldesystem funktionierte vorzüglich und gestattete zugleich eine gute und feste Verbindung der leitenden Stellen mit weiten Kreisen der Ausgesperrten, die in den Demonstrationen ihre Sammelpunkte fanden. Dabei wurden Ruhe und Ordnung streng gehandhabt.

Parteinachrichten.

Die beleidigten Richter. Im Sommer d. J. brachte die „Breslauer Volkszeitung“ eine kurze Notiz in, der ein Streikurteil der Raumburger Strafkammer wiedergegeben wurde. Ein Streikführer hatte einen Arbeitstillen bedroht und wurde deshalb mit einem Monat Gefängnis bestraft. Der Landgerichtsdirektor Zuchland in Raumburg

hatte in der Begründung dieses harten Urteils ausgesprochen, daß ein Diebstahl nicht so schlimm anzurechnen wäre, als wenn ein Arbeiter den anderen von reduzierter Arbeit abhalten würde. Die „Volkszeitung“ nannte das Mißurteil als unbillig, ohne daß aber ein irgend einer Stelle auch nur leise angedeutet wurde, daß eine bewusste Rechtsbeugung vorliege. Dadurch fühlten sich die Raumburger Richter beleidigt und stellten Strafantrag gegen den Verantwortlichen, Gensieur K a b o l d. Die Breslauer Strafkammer verurteilte ihn zu 30 Mark Geldstrafe. Strafmildernd kam die bisherige Rechtsprechung in Frage. Der Staatsanwalt hatte 200 Mk. beantragt.

Einen Monat Gefängnis. Die „Chemnitzer Volksstimme“ brachte im September gelegentlich der Chemnitzer Rothausweibe eine Notiz, überschrieben: „Bürgerrecht und Arbeiterblut“, in der mitgeteilt wurde, daß gelegentlich der Rothausweibe, bei der man Demonstrationen der Arbeiterschaft in Chemnitz beobachtet, das Militär in Bereitschaft gehalten worden sei. Das höchste Kriegsministerium stellte daraufhin Strafantrag wegen Beleidigung der Ehre des 101. Infanterie-Regiments. Gensieur G e r m a n Müller, der Verantwortliche der „Volksstimme“, kam Freitag unter Anklage und wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Inhalt der Notiz wurde als wahr unterstellt, aber die Form sei beleidigend, und daher ein Monat Gefängnis!

Sokales.

Rühringen, 4. Dezember.

Der Bürgerverein Neubremen hielt am Sonnabend seine Monatsversammlung im Vereinslokal (Salzwedel) ab. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils wurden drei Anträge angenommen. Unter anderem wurde berichtet über ein wünschenswertes Schulreformmitglied von der letzten Schulversammlung. Es teilt mit, daß am Donnerstag, dem 7. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Lindl“ der erste Elternabend der Volksschulen der Stadt Rühringen stattfand und lud zu zahlreicher Beteiligung ein. Für die Armen wurde wie in den Vorjahren, zur Weihnachtsbescherung 75 Mk. bewilligt. Die Rathausplatz-Anlage wurde wieder kritisiert. In der sehr lebhaften Debatte kam allgemein zum Ausdruck, daß wohl etwas Schönes zu schaffen sei, daß man aber die Steuerzahler nicht zu sehr belasten dürfe. Von den anwesenden Stadtratmitgliedern wurde das Projekt sehr empfohlen; es sei zwar etwas teuer, aber nach Lage der Sache am zweckmäßigsten und sehr angebracht. Die Tanzstube trage ja die Hälfte der Kosten dazu bei. Zum wünschenswerten Angelegenheiten der Schule an der Heilmstraße besprochen. In der sehr erregten Debatte wurde gewünscht, daß bei Vergabe von Reparaturen in Zukunft vorzuziehen zu Werte gegangen wird. Die Angelegenheit erobert sich die Wichtigkeit. Einige Vorträge bezüglich der Straßarbeiten wurden von den anwesenden Stadtratmitgliedern zufriedenstellend beantwortet, worauf die gut besuchte Versammlung geschlossen wurde.

Was bei der Versendung der Weihnachtsposten zu beachten ist. Wenn es gegen Weihnachten geht, schnell der Postverkehr auf der Post ganz erloschen ist. Die Posten sind bedeutend vermehrte Arbeitslast für die Beamten und nicht so schnelle Beförderungen als in normalen Zeiten. Es sich darum Kerger und Berühmte erproben will, vor will, bei seine Weihnachtsgaben noch rechtzeitig zum Heile an die Adressierten gelangen und wer den Beamten der Post im Interesse und verantwortungsvolle Arbeit erleichtern will, der befolge den ersten und wichtigsten aller Grundsätze bei der Versendung von Weihnachtsposten: Gebe die Post, besonders wenn sie nach entfernten Orten bestimmt sind, nicht

das Schreiben dem an seinem Fall stehenden Wotteler. In der großen Erregung wollte ich dem Herr einen großen Brief schreiben. Wotteler hielt mich ab, und nach gemeinsamer Beratung ging folgende Antwort ab:

Herrn W. Wergenthafer

Freiburg i. B.

Ihren Brief habe ich erhalten. Einen auf anständiger Art zu verdienenden Nebenberuf von der Hand zu weisen, habe ich keine Ursache. Sind den Anarchisten habe ich keinerlei Verbindung. Ich kenne die Herren wohl, aber über den Fall Vieles ist mir gar nichts bekannt.

Wenn Ihnen eine Unterredung mit mir dienlich erscheint, so können Sie mich hier in Zürich aufsuchen. Nach Waldhaus zu gehen wäre für mich doch eine sehr präferable Sache, was Ihnen bekannt sein wird.

Hochachtungsvoll J. W.

Unsere Absicht war, den Mann zu veranlassen, nach Zürich zu kommen, um dann durch die Züricher Polizei den Tatbestand feststellen zu lassen. Wer der Mann war, wußten wir nicht. Wir vermuteten immer den „Freund“ des gewissen Haug in Freiburg, den Kommi Greil, hinter diesen Verdächtig. Erst später erfuhr ich, daß es der Polizeikommissar Wohlgenuth war.

Unter dem Namen G. Wainger wandte er sich in derselben Weise an einen mit uns verkehrenden Studenten. Dieser gab keine Antwort.

Eine konservierende Vorbildmutter.

In Zürich war der Herr Schmüller-Oberst aber doch gemein. Dies erluben wir durch folgendes Geschichtchen: Eines Tages bestellte ein Fräulein Anna Prohaska aus der Spitalstraße 12 in Zürich per Post ein Quartalsabonnemnt auf ein Exemplar des „Sozialdemokrat“. Ueber alle was unbetonten Abonnenten zogen wir Erkundigungen ein. Wir wußten, daß die deutsche Polizei häufig durch Mittelspersonen sich das Blatt zugänglich machte. Nun erfuhr wir zu der neuen Adresse, daß im Portiere des Hauses ein Vorbeil sei, die Prohaska wäre die „Oberin“, die auch den Vorberaum befindlichen Barenladen zu bedienen habe. Da freilich was dahinter, meinte der Postmeister, und ich erhielt den Auftrag, die Sache zu ergründen. Am Erscheinungstage haben wir die fällige Nummer

zur Post. Ich hatte die Zeit des Austragens festgesetzt und wartete nebenan im Restaurant Wessmer, bis der Postbote im Revier sichtbar war. Dann fauchte ich bei der Probaska Zigaretten. Sie war eine nicht mehr junge, aber läbliche schwarzhaarige Wenzelsdöchter. Ich ließ mir einen Stuhl geben und plauderte mit ihr. Da erdiken in der Türe der Postli und warf ein Zeitungsblatt auf den Boden. „Ah, da kommen die Neigkeiten“, sagte ich und sah dabei das Titelblatt. „Alles Weltweit, Sie sind ja eine ganz gelehrte Dame, da sie sich solche Lesüre kosten. Sie treiben wohl Politik?“

Sie wehrte ab. „Ah was mir Politik! Was ist für Inspektor von Polizei. Wuß ich ihm schiden. Je kurze Woche dagesewen und hat bezahlt. Besuch mich jedesmal wenn kommt. Nobliges Herr, Inspektor Wohlgenuth.“

Sie erzählte mir nun, daß sie in Manabheim, Sträßburg und Wäldhausen schon „Dienst“ getan und mit den Herren von „die Polizei“ sehr gut gekunden habe. Auch, daß sie die Herren immer bedanken, wenn sie „noch Schweiz“ kämen. Auch der Kollenbach wäre ihr Post gewesen.

Ich ludte nun noch zu sondieren, ob man mit Hilfe der Probaska etwas weiter in die Wälder der Reichspolizei eindringen könnte. Bald hatte ich jedoch den Eindruck, daß das ein Versuch mit unangenehmen Mitteln wäre. Ihr Interesse für die Polizei erloschte sich nur auf die „nobligen Herren“ unter ihnen, sonst aber war ihr diese Institution sehr gleichgültig.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Marats Lebensgefährtin.

Die Ferien des Revolutionsmannes Marat wird in einem jüngst erschienenen Büchlein des französischen Kulturhistorikers Dr. Cobanès, der die Helden der Geschichte von medizinischen Gesichtspunkten aus zu betrachten pflegt, mit der Besondere unterfucht und dann kritisch feuert. Der gefürchtete Revolutionsführer eroberte das Herz einer jungen Frau, nämlich Simone Evard, die sich ihm mit Leib und Seele hingab und beinahe seine Sklavin wurde. Marat hatte ihr die Heirat versprochen, und er bereitete sie auch. Unter Verschmähung aller geistlich vorgeschriebenen Formlich-

keiten führte er sie an das Fenster seines Zimmers, ergriß ihre Hand und sprach: „Ich nehme den weiten Tempel der Natur zum Zeugen, daß ich dir vor dem Weltentöchter, bei uns hört, einige Treue schwöre!“ Simone begnigte sich mit dieser „bürgerliche“ und weichte nun dem Mann den Wahl für ganzes Leben. Vor dem Geleht hatte Simon Marat nicht abgelehnt; trotzdem blieb sie, als ihr Gemahl von Charlotte Cordou, der Sendbotin der Girondinen, in Vade erstochen worden war, für alle die „Witwe Marat“ — für einige Zeit wenigsens — den begabtesten Jüngern des ermordeten Revolutionshelden ein (Stagnation) hoher Verhörschick und Verehrung. Diese Hochachtung verdiente sie auch, denn sie hat, obwohl sie sich in die fand, von den Wächtern niemals etwas verlangt und sich, als auch das Volk sie vergaß, in einen stillen Winkel von Paris zurück, um für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten. Der Konvent forderte sie auf, vor dem Konventionstribunal zu erscheinen; sie leistete der Aufforderung gehorchen aber jede Unterfertigung, die man ihr anbot, hoch zurück. „Die Witwe Marat“, sagte sie, „braucht nichts und verlangt nichts weiter als dereinst ein Grab!“

Der Friedens-Nobelpreis für die Sozialisten! Was Brüssel läßt sich das „Zeit Journal“ melden, daß vom mutlich der Friedenspreis der Nobelpreisung in diesem Jahre dem internationalen sozialistischen Bureau zugesprochen werden würde als Dank für seine Haltung in dem französisch-deutschen Konflikt.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist schon das 6. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Was dem Inhalt des Heftes haben wir bereits bereits gesagt. — Das Buch Restaurant-Deutscher. Von G. Debebour. — Die Landstetten der Wälderschlager. Von Carl Adel. (Sokales). — Die „Welten“ Frankreichs. Von Guller Götter. — Literarisches Nachrichten. — Notizen. — Fortsetzungen. Das Ereignisheft Nr. 11, welches dieser Nummer beigegeben ist, enthält: Kapitalismus und Kriegswelt. Von Jakob Steiner (Kudschin). Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Verlagsstellen und Kolportage zum Preis von Mk. 2.50 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann solche bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das eingeleitete Heft kostet 25 Pfennig. Abonnementen stehen jederzeit zur Verfügung.

In den letzten Tagen vor Weihnachten auf, hier ist das Nichtigste: je früher, je besser. Ferner ist zu beachten: Die Pakete sind dauerhaft zu verpacken. Etwasige auf dem Verpackungsmaterial vorhandene ältere Aufschriften und Beschriftungen müssen beseitigt oder unkenntlich gemacht werden. Die Aufschrift der Pakete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weisem Papier, dagegen dürfen Formulare zu Postaufträgen für Postaufschriften nicht verwendet werden. Bei in Leinwand verpackten Sendungen mit Fleisch und anderen Gegenständen, die Feuchtkäse, Fett, Blut usw. abgeben, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Der Name des Bestimmungsortes muß recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Postaufschriften muß sämtliche Angaben der Postpaketadresse enthalten, also auch den Frankovermerk, bei Paketen mit Postnachnahme den Betrag der Nachnahme sowie den Namen und die Wohnung des Abnehmers, bei Eilpaketen den Brevier durch Eilboten usw. Auf Paketen nach großen Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Paketen nach Berlin auch der Postbezirk (A. B. D., S. M., A. usw.) anzugeben. Bei Verschickung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Pakete frankiert aufgeliefert, d. h. die zur Frachtmassage erforderlichen Marken schon vom Absender auf der Postpaketadresse aufgeklebt werden. Die Verschickung mehrerer Pakete mittels einer Postpaketadresse ist für die Zeit vom 12. bis einschließlich 21. Dezember weder im inneren deutschen Verkehr noch im Verkehr mit dem Ausland — ausgenommen Argentinien — gestattet. Gemeindefachliche Einlieferungsbestimmungen über mehrere gewöhnliche Pakete werden in der bezeichneten Zeit nicht aufgestellt.

Wilhelmshaven, 5. Dezember.

Elektrizität im Haushalt. Vom 1. Dezember ab gibt das hiesige Stadt-Elektrizitätswerk Strom zu einem geringeren Preis als für Beleuchtungs- und gewerbliche Zwecke für Haushaltungszwecke (Herzen, Kochen, Plätten) ab. Die Stromabgabe hierfür erfolgt nur innerhalb des Sperrzeits. Der Preis pro Kilowattstunde beträgt 12 Pf. Der Strompreis für Haushaltungszwecke muß von der übrigen Stromabgabe getrennt sein, weswegen die Aufstellung eines zweiten Zählers nötig ist, der jedoch stets des Werkes kostenlos angebracht wird und meterfrei ist. Eine Lampe in der Küche darf an die Haushaltungsanlage angeschlossen werden, für die Abrechnung des zweiten Zählers wird schriftlich über mündlich unter Angabe der Größe der vorhandenen Apparate im Bureau des Elektrizitätswerkes anzufragen. Durch diese Einrichtung soll eine möglichst gleichmäßige Stromabgabe im Laufe des ganzen Tages erzielt werden.

Aus dem Lande.

Schorrens, 4. Dezember.

Der Bäckerverein Schorrens hielt Sonnabend abend seine Monatsversammlung im Bahnhofsrestaurant Oltens ab. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils und nachdem viele Herren in den Verein aufgenommen waren, setzte beim Punkt „kommunales“ eine längere Debatte ein. Ueber die Verdrängung der Kirchen- und Schulländereien, die der Rechnungsführer W. Werdes ganz nach seinem Belieben vornommen kann, wurde Klage geführt und dabei erwähnt, daß Landwirte von diesen Ländereien ganze Hektar gepachtet hätten. Derselben verdächtige vorzelleweise diese Flächen landes wieder an kleine Leute zu höheren Preisen, als sie dafür bezahlen müßten. Auf diese Art und Weise müßten die ärmeren Leute die Ländereien teurer bezahlen und die Landwirte bestden einen ihnen nicht zukommenden Verdienst in die Tasche. Dann wurde noch zur Sprache gebracht, daß der Weg von der Brauerei in Heidemühle nach Feldhausen und die Gasse von der Stein- und Saupfiststraße (Sandsteinwerke) sich in einem schlechten Zustande befinden. Die Gemeinderatsvertreter erklärten, auf Beseitigung dieser Mängel hinzuwirken zu wollen. Uebrigens sei es auch Pflicht der Bezirksvorsteher, auf Beseitigung solcher Mißstände zu drängen. Der 4. Punkt (Gemeinderatswahl) gab auch Anlaß zu längerer Debatte. Der Verein „Gemeindewohl“ hat nämlich Protest gegen diese Wahl eingelegt und gibt an, daß diese nicht wahlberechtigte Personen gewählt hätten. Hierzu wurde gesagt: Der Verein habe nur aus Furcht über seinen Mißfall bei der Wahl Protest eingelegt. Es seien fast alle Personen, die nach Meinung dieser Leute nicht wahlberechtigt seien, Söhne von Landwirten, von denen man annehmen kann, daß dieselben für die Räte des Vereins „Gemeindewohl“ gekümmert hätten. Im übrigen spielten nur persönliche Motive die Hauptrolle und nicht das Allgemeininteresse. Die hohen Steuern, die dieser Verein dem hiesigen Gemeinderat durch seine „fortwährenden Bewilligungen“ in die Tasche schieben will, seien eher der Motoren des Vereins „Gemeindewohl“ zur Post durch ihre hohen Steuernpolitik, die sie, als sie nach des Sekt in Händen

halten, vertreten haben. Auch wurde bei dieser Debatte noch hervorgehoben, daß der Bürgerverein vor einer event. neuen Gemeinderatswahl nicht zurücktreten brauche, da er noch allerlei Referententimmern herausziehen könne. Sodann wurde das Verhalten einiger Mitglieder getadelt, die aus Neugierigkeit nicht gewählt hätten. Ueber Vereinsangelegenheiten wurde anstelle des verstorbenen Mitgliedes T. Neumann 5. Tuden zum Referent gewählt. Ueber den Bericht eines Schulvorstandesmitglied wurde ebenfalls eine Aussprache bestritten. Ueber Preisredenem teilte Herr A. Schmidt aus Widdelsfahr mit, daß am 26. oder 27. Januar der Bezirk Widdelsfahr-Rosffhausen wieder das Stützungsziel beim Bier-Schweif feiern wolle, wozu er zu zahlreicher Teilnahme aufforderte.

Oldenburg, 5. Dezember.

Zur großen Versammlung in Doodis Etablissement am 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, ist es Pflicht aller Genossen und Genossinnen, zahlreich zu erscheinen. Referent ist Reichstagskandidat Genosse Stelling.

Schwer verletzt durch den Hufschlag eines Pferdes wurde ein Rekrut der 2. (oldenburgischen) Batterie des Feldart. Regiments Nr. 62. Der bedauernswerte junge Mann liegt bedenklich darnieder, wenn er auch mit dem Leben davonkommen dürfte.

Eine schwere Verletzung der Kniescheibe erlitt der Arbeiter G. Bei einem Sprung vom Wagen in der Nähe des hiesigen Bahnhofs rutschte G. aus und jag sich dabei die Verletzung zu. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde er ins Hospital gebracht.

Osterburg, 4. Dezember.

Achtung, Parteigenossen! Die Wählerlisten zur Reichstagswahl liegen am 4. bis einschließlich 12. Dezember beim Gemeindevorsteher aus. Die Genossen, welche bis zum 8. d. M. noch keine Karten, worauf ihnen mitgeteilt wird, daß sie in die Wählerliste eingetragen sind, erhalten haben, müssen sofort den Antrag auf Eintragung ihres Namens beim Gemeindevorsteher stellen.

Stade, 4. Dezember.

Stadtratswahl. Die Beteiligung an der am 30. Nov. stattgefundenen Stadtratswahl war nur gering. Von 921 Stimmberechtigten stürten nur 490 ihr Wahlrecht aus. Gewählt sind Thaler S. Schramm mit 471, Schlossmeister S. Bredendel sen. mit 407, Kaufmann F. Ohlrogge mit 312, Tischlermeister A. Worris mit 280, Waidtmeister C. Thoms mit 252, Rorbmacher E. Weber mit 249, Kaufmann Max Weinberg mit 234 Stimmen. Außerdem erhielten Stimmen: F. W. Kuffurth 220, S. Blahmann 216, Zollamtsassistent Theilen 186, D. Seggermann 177, Ernst Müller 169. Das Gewerkschaftsstatut hatte mit dem Bürgerverein Brate-Eid ein Kompromiß geschlossen und sind fünf Kandidaten dieser Liste gewählt. Hätte der Bürgerverein geschlossen für die Liste getimmt, wären wohl sämtliche Kandidaten durchgekommen und hätte die hiesige Arbeiterkraft durch den Gen. Seggermann eine tüchtige Vertretung im Stadtrat gehabt. Hier scheint die Arbeiterschaft wieder abers Ob gehalten worden zu sein, wie das gewöhnlich bei Kompromissen der Fall ist. Richter wird die organisierte Arbeiterschaft Brates künftig handeln, wenn sie sich auf kein Bündnis einläßt und selbständig vorgeht.

Oberstein, 5. Dezember.

Gefahren, nicht bestat. Am 30. November fand wegen der Nichtbestatigung des Genossen Jaber zum zweiten Male die Wahl eines Magistratsbeisitzers statt. Da die nochmalige Wahl Jabers zwecklos war und die auf ihn fallenden Stimmen einfach nicht gezählt worden wären, so wurde der Genosse Wronsch als Kandidat aufgestellt. Von diesem konnte nicht gesagt werden, daß er agitatorisch hervorgetreten sei. Leider unterlag er, trotzdem 139 Stimmen mehr auf ihn gefallen sind, als auf den Genossen Jaber. Er erhielt 574 Stimmen, sein liberaler Gegenkandidat, der Fabrikant Wagner junior 699 Stimmen. Dies war nur möglich, weil alle bürgerlichen Parteien zusammenstanden. Anstatt, daß die fortschrittliche Volkspartei, um zu beweisen, daß sie ernsthaft die Gleichberechtigung der Staatsbürger verteidigen will, Stimmenhaltung empfohlen hat, fielen ihre Lokalfunktionäre den Gegnern und auch den Ultramontanen geradezu zu Füßen und boten sie um Wahlhilfe gegen den sozialdemokratischen Kandidaten. Die Ultramontanen stellten sich den mündlichen Bitten gegenüber laub. Erst als die Fortschrittler schriftlich um Wahlhilfe baten, ließen sie sich herbei in den Wot der Fortschrittler und Nationalliberalen einzutreten, um unserer Partei die ererbte Position wieder zu nehmen. So kam es denn wie es kommen mußte, der nationalliberale Fabrikant Wagner wurde gewählt und der brave Wronsch unterlag. Den Fortschrittler werden (Schluß des redaktionellen Teils.)

die Ultramontanen das Dokument der Schande noch einmal unter die Nase halten. Ueber den „Idunorblauen Wot“ zu hüben und zu zern haben die Obersteiner Abwesenden nun kein Recht mehr.

Keine Mitteilungen aus dem Lande. Einen Knäufel auf freier Tafel erregte in E. L. B. D. B. ein Knäufel, und über das den Ziel einen Schachmann. — In der verurteilten Sache zu das Geschickel der Firma Schachmann einbringen. Sie waren schon den sich ihnen entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht gewachsen und jagten mit leeren Händen wieder ab. — Drei Dampfer sind im Rebel auf der Guss auf den Strand geraten. Es handelt sich um die Dampfer „Vorland“, „Lampala“ und „Apfel“, die letzteren beiden hatten am Freitag morgen den Guss der Gassen verlassen.

Gerichtliches.

Der Halleische Terrormisshandlung vor Gericht. Das Halleische Schurgericht hatte am Mittwoch über drei Angeklagte abzuurteilen, die vor einiger Zeit in der ganzen bürgerlichen Presse als sozialdemokratische Mörder bezeichnet worden sind. Die „Deutsche Tageszeitung“ und noch ihr ausübliche Provinzialblätter brachten Mitte September eine schaurige Vorgeschichte, überführten „Reichsmörder Messerstecher“, nach der mehrere Hirsch-Tunderische Holzarbeiter, die aus einem benutzten Vokale kamen, von „postenbesessenen sozialdemokratischen Arbeitern“ angehalten und nach kurzen Wortwechsel überfallen und mit Messern derart bearbeitet worden sein sollten, daß der Hirsch-Tunderische Holzregiments den Tod davontrug und andere von Arzt vernahmt werden mußten. — Die sozialdemokratische Presse stellte demgegenüber sofort fest, daß die Läter keine Mitglieder der Sozialdemokratie seien, daß überhaupt keine Postkosten gefunden haben und daß nicht die Verhättern, sondern die Geschworenen die Angreifer wären. Die Schurgerichtsbehandlung hat jetzt diese Angaben voll bestätigt. Die Angeklagten wurden, da sie sich zweifelslos gegenüber den Hirsch-Tunderischen Angeklagten in der Kothwe befunden haben, von den bürgerlichen Geschworenen glatt freigesprochen. In der für die als Streikbrecher in den Ort gefonnene Strafe sehr ungünstigen Beweisführung wurde kein Wort mehr von sozialdemokratischer Parteilichkeit, kein Wort von Terrorismus oder Verhetzung, kein Wort von sozialistischer Postfot oder von Postkosten gefunden; denn alle diese lieblichen Ausmachungen der Kauferei sind aus den Aussagen gelogener blutiger Schwindel. Festgestellt wurde aber, daß die Hirsch-Tunderischen Arbeiter erst Tage vor dem der Kothwe lebenden Fall den Hauptangestigten grunbles überfallen und jämmerlich verhauden und dabei ausgerufen haben: „Jetzt wollen wir mal zeigen, daß wir noch leben“, und „In fünf Minuten ist er beim lieben Gott!“ Weiter wurde festgestellt, daß die Hirsch-Tunderischen Arbeiter angehalten, der sich aus Furcht von seinen Weibern aus der Bauksule abholen ließ, untergeuert haben, und daß erst, nachdem sie den Verurteilten und seine Brüder mit Gummihandschuhen verhauden hatten, der junge Knick das Messer zog und in der Kothwe um sich ließ. Nach diesen Feststellungen war ein Freispruch der Angeklagten selbstverständlich. Die Schwindelpresse, die von sozialdemokratischer Parteilichkeit, selbstmüthiger Messerstecherei oder Huchwürdigen Hasserlämpfern schrieb, wird von diesem Gerichts Urteil wohl nichts bringen.

Aus aller Welt.

Debung der Sittlichkeit. Eine ganz besonders wirksame Maßregel zur Hebung der Sittlichkeit hat nach der „Geller Zeitung“ der ehr- und tugendame Gemeinderat eines hannoverschen Dorfes beschossen. Demnach sollen die Aufgäbe von jungen Wearen, die streng moralisch gelehrt haben, im Ausbangekosten am Gemeindehaus des Ortes mit einem Geseufz mit Rosen geschmückt werden. Endlich einmal eine durchgreifende Maßnahme. Wer übernimmt dann aber die Aufsichtsprüfung, und was geschieht mit den Sündigen, bei denen sich trotz der Heigen — Gorbom! — Geseublätter der Klapperfisch vorzeitig anmeldet? Und das kann passieren: denn des Weischen Sinnes und Tugendens ist böse von Jugend auf!

Veranunungs-Kalender.

Rückingen-Wilhelmshaven.
Dienstag den 5. Dezember.
Transportarbeiter-Verband (Schiffen Seelund). Bei Seebwasser.
Verband der Bauernarbeiter. Abends 9 Uhr im Trooll.
Tischbederverband. Abends 9 1/2 Uhr bei Abraham, Müllersstraße.
Verband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr bei Halmelund.
Stade.
Mittwoch den 6. Dezember.
Holzarbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr bei P. Jansen.
Bauarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr bei G. Jansen.

Alle, die an einer Erkrankung der Atmungs-Organen leiden,

und die Symptome sind: Husten, Appetitlosigkeit, Schlingelheit, Schwäche, Fieberhaftigkeit, Angsthälte usw. bemerken: **müssen sich auf der Hut sein beim Witterungs-Umschlag,** da die bei rauhem Wetter, bei Regen und Wind besonders hart grassierende Infizienz für Personen, die an einer Erkrankung der Atmungsorgane leiden, sehr bedenkliche Folgen zu haben pflegt. **Sehr** müssen viele noch nichts von der neuesten Erfindung (unermüdetlich geschützt) den **Ratal-Sauerstoff-Inhalationen** von Dr. W. Schlimmer, welche in so kurzer Zeit berühmt geworden sind, weil sie ohne jeden Apparat durch ihren aktiven Sauerstoff auf Athma, Lungenschmerzen, Bronchitis, Keuchhusten, und insbesondere Infizienz eine geradezu rasante Wirkung ausüben. Das bestätigen viele Verzte und Patienten, letztere in überströmender Dankbarkeit, nachdem sie für ihre zum Teil verzweifelten Verden durch diese neuen Dr. Schlimmers Ratal-Inhalationen endlich Besserung gefunden haben.

Nachfolgend nur ein paar von den vielen, täglich einmündenden Dankfassungen und Anerkennungen:

Gut Wunder gescheh!

Herr Diakon A. Wittmann, Tempin, schreibt: „Ich bitte mit umgehend per Nachnahme die nötigen Sauerstoff-Inhalationen auszusenden, die zu einer Kur erforderlich sind. Ich frone Ihre Inhalationen von Vöden her. Ich gehe zu dem hiesigen Diakonheim und weiß Ihr Präparat zu schätzen. Ueberall, wo wir es empfohlen haben, hat es Wunder gewirkt. Da ich sehr viel von unserer Anstalt vermischt werde, werde ich stets bemüht sein, Ihre Präparat jedem Bekendeten zu empfehlen. Wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir gleich nach Erhalt des Briefes die Inhalationen zusenden würden.“

Mus bestem Herzen!

Herr Ingenieur Max Bult, Dresden, schreibt: „Aus vollstem Herzen kann ich den Zufriedenen bestimmen, die Sie schon erhalten haben. — Ich lebe seit drei Jahren an einem heftigen Bronchialkatarrh. Starke Kälte aus der Lufttrich und Auswurf waren die Folge dessen. Nach Gebrauch von 25 Inhalationen ging das Kälte zurück und ist jetzt fast vollständig verschwunden. Und erst heute man es drei Meter weit. Was in drei Jahren weder und Inhalationen mit allerlei Zusätzen nicht fertig brachten, erledigen Ihre Ratal-Inhalationen in etwa 14 Tagen. Es wird mit ein Ereignis sein, Ihre Inhalationen weiter zu empfehlen.“

Ich bin sicher, mit Hilfe Ihrer Inhalationen wieder ganz gesund zu werden.“

Vollste Wirkung getan!

Herr Jol. Wolffersholer, Wismar, schreibt: „Mit Freuden kann ich Ihnen mitteilen, daß die von Ihnen bezogenen Ratal-Sauerstoff-Inhalationen ihre vollste Wirkung getan haben gegen meine seit sechs Monaten bestehende Tuberkulose. Auswurf wurde weniger und schleimhaltiger; auch Brustschmerzen ließen sich bedeutend. Habe die Inhalationen meinen Bekannten auch beste empfohlen.“

Die Fabrik ersattet jedem einen kostenlosen Versuch!

Man braucht nur an die **Wito-Sauerstoff-Fabrik** in E. B. Berlin W. 35 A 403, eine Postkarte zu schreiben, auf der man seine Adresse sehr genau und deutlich angibt, und man erhält umgehend gratis und franco eine Probe-Inhalation ungeschickt. **So kann jeder ohne Risiko die Wirkung dieses einzigartigen hiesigen Mittels an sich selbst erproben, denn schon die erste Inhalation pflegt eine ausfallende Erleichterung der Atmung zu bringen!** **Man zögere nicht!** Jeder Tag ist wichtig! Genau Gebrauchsanweisung, ärztliche Gutachten, eine ganze Sammlung von Anerkennungen usw. liegen der kostenlosen Probe-Inhalation bei.

Konsum- und Sparverein Unterweser, e. G. m. b. H. zu Bremerhaven.

Aktiva.		Bilanz am 30. Juni 1911.		Passiva.	
Resta-Ronto, Bestand	322,37	Gesellschafts-Ronto	181 826,50	Saldo am 1. Juli 1910	181 826,50
Bank-Ronto, Nationalbank	36 522,83	Zulassung vom Rabattsparguthaben	15 066,50	1909/10	15 066,50
do. O. G. B. Bank	5 926,85				
Nationalbank, Separatkonto	50 000,—	Kasse, gel. Werte	12 347,—	Reservefonds-Ronto	38 546,61
Berufsaufsicht-Ronto,		Einzahlungen 1910/11	5 659,50	Saldo am 1. Juli 1910	38 546,61
Wohlfahrt	1 230,—			Zulassung vom Rabattsparguth.	3 403,66
Verwaltung	21 088,32			Eintrittsgelder	326,—
Ware-Ronto	201 324,—			Dispositions-Ronto	1 515,15
Wohlfahrt	17 730,—			Rest-Ronto	50,—
Wohlfahrt	19 985,—			Reservefonds-Ronto	188 905,65
Wohlfahrt	983,—			Saldo am 1. Juli 1910	188 905,65
Wohlfahrt	25 226,—			Einzahlungen 1910/11	50 332,61
Wohlfahrt	101,—			Ausgaben	50 332,61
Wohlfahrt	115 000,—			Sparanlagen-Ronto	284 974,74
Wohlfahrt	304 600,—			Saldo am 1. Juli 1910	284 974,74
Wohlfahrt	419 000,—			Einzahlungen 1910/11	188 905,65
Wohlfahrt	10 000,—			Ausgaben	50 332,61
Wohlfahrt	41 810,—			Sparmarken-Ronto	2 983,50
Wohlfahrt	52 000,—			Sparschein-Ronto	3 343,—
Wohlfahrt	61 140,—			Rapitalboden-Ronto	4 000,20
Wohlfahrt	21 495,—			Rabattsparguthaben-Ronto	108 331,10
Wohlfahrt	10 040,—			Rationen-Ronto	11 500,—
Wohlfahrt	6 070,—			Hypotheken-Ronto I	184 000,—
Wohlfahrt	3 730,—			do. II	22 000,—
Wohlfahrt	2 830,—			Kreditoren-Ronto	35 553,08
Wohlfahrt	19 545,15			Unterstützung-Ronto	1 007,60
Wohlfahrt	3 370,—			Grübrigung	27 942,13
Wohlfahrt	2 987,51				
Wohlfahrt	2 121,85				
Wohlfahrt	28 027,51				
Wohlfahrt	1037 269,89				

Mitglieder-Statistik.

Bei Beginn des Geschäftsjahres gehörten der Genossenschaft	10 151
Während in früheren Geschäftsjahren Verstorbenen	25
Am Laufe des Geschäftsjahres schieden durch	10 126
Übertragung des Geschäftsguthabens aus	27
Eingetretene sind im Laufe des Geschäftsjahres	100 99
Mitgliederzahl am Schluß	11 002
Mit Schluß des Geschäftsjahres scheidet aus	
durch Tod	30
durch Austritt	740
	770
	10 712

Gesellschaftsguthaben der Mitglieder	181 826,50
am 30. Juni 1910	180 205,50
am 30. Juni 1911	180 205,50
Die Zahlmehre der Mitglieder betrug am	8 379,—
30. Juni 1911.	344 700,—

*) Inklusive 8 weiterer Gesellschaften.

Der Vorstand.

Julius Brinmann, Edward Dreger.
Der Aufsichtsrat: Ant. Selger, Vorsitzender.

Gemeinde Osterburg.

Nachdem die Wahl der Abgeordneten zum Reichstages des Deutschen Reiches für die nächste Zeit in Aussicht genommen und die Liste der Wähler für die 5 Wahlbezirke der Gemeinde Osterburg aufgestellt ist, wird dieselbe vom 4. bis 12. Debr. d. J. in jeder Lage einsehlich, im Hause des unterzeichneten Gemeindevorstandes zu jedermanns Einsicht ausgesetzt sein.

Wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum 8. Dezember 1911 bei dem Gemeindevorstand schriftl. anzeigen oder zu Protokoll geben und muß die Beweismittel für seine Behauptungen, falls dieselben nicht auf Protokoll beruhen, beibringen. Die Entscheidung darüber erfolgt, wenn nicht die Gemeindeversammlung beschließt, anders zu verfahren.

Osterburg, 29. Nov. 1911.
Der Gemeindevorstand: Böhm.

Kleinfleisch

1 Pfund 30 Pf.
Herm. Enke
Rüth, Osterburg, 6.

Gesucht zum 1. März 1912 eine große drei- oder vierzimmerige Wohnung im preisgünstigen Gebiet, am liebst. L. Stadtteil Ciflag. Off. u. N. B. 68 a. d. Exp. d. Bl.

Schweizer, Gesucht in Osterburg 1912 für meine Schlosserei und Schmiedefabrik.

zwei Lehrlinge.
Gitar. Werkst., Schlosser- und Schmiedemeister.

Größere und kleinere Familienwohnungen, der Preis entsprechend eingerichtet, per sofort oder später zu vermieten. Mithelm Schulz, Sommerberg, Königstr., beim Bahnhofsberg.

Möbl. Zimmer zu vermieten.

G. Schrön, „Zum Iobebulen“, Wir suchen sofort a. Vertriebs eines feinsten, feinsten, feinsten, 10 Pf. Waffel-Strickes während des Wahlkampfes für den 2. Oldenburgischen u. 2. hannov. Reichstagswahlkreis.

energ. Vertreter. Verheiratete bevorzugt. Gef. Off. sofort u. S. N. 1173 an Rud. Wölke, Stuttgart.

Gesucht auf sofort 6 bis 8 Maurer für Innenaub.

Gordien, Neubauten Eledr. Geb. Schuhmacher-Geselle. Gern. Vorderstr.

Suche auf sofort freien Hausdurschen u. b. Schulz, Konzeptionshaus M. Karlel.

Gesucht zu Osterburg 1912 ein Zickmadererlehrling unter günstigen Bedingungen. Zapfen, Stiefmadererim. Kahlstr.

Berandstelle. soll in jedem Bezirk errichtet werden. Für strebsame Leute, gleich welchen Berufes, wollen sich melden. Einkommen monatlich bis 350 Mark. Fernaufgabe, Kapital u. Lohn nicht nötig. Anfragen u. Nr. 388 an Invalidenamt Bln.

Schwarze weiße gelbe braune

Schuhe erhalten mit Pilo, der unübertroffenen Schuhcreme, rasch eleganten Glanz. Pilo ist sehr sparsam im Gebrauch, daher billig, färbt nicht ab und erhält das Leder.

Abonniert das Nordd. Volksblatt!

Waren = Verkauf zu Osterburg.

Osterburg. Die Firma L. Metz hier selbst läßt am

Dienstag den 5. und Mittwoch den 6. Dezember d. J.,

jede-mal nachm. 2.30 Uhr auf in ihrem Geschäftsfloz, Schulstr. 2, öffentlich mit Zahlungsfrist zu Ladenpreisen verkaufen:

Herren- u. Knaben-Garderoben, Manufaktur- und Wollwaren, Pelztrag., Gardinen, Bettfedern und Daunen, Schuhwaren zc.

Kaufliebhaber laden wir hiermit ein.

A. Bischoff & Grimm.

Weihnachts-Bücher

Unsern Lesern bieten wir zum Weihnachtsfest jeweils inhaltlich wie in ihrer Gesamtausstattung hervorragende gelungenen Werke zum Kauf an. Dieselben charakterisieren sich als außerordentlich schöne und gediegene Geschenkwerte und sind bei dem äußerst billigen Preis von 3 Mark pro Wert jedem zur Anschaffung zu empfehlen.

Goethes Meisterwerke
Neue Ausgabe in zwei hochgelagerten Trochäen mit Herwort, Biographie und Einführungen. Illustriert nach den Originalen erster Auflagen.

Der Haussekretär.
Neues vollständiges Hilfs-, Formular- und Nachschlagewerk mit über 1000 Mustern sowie einem Wörterbuch der neuen Deutschen Rechtschreibung mit einem Verzeichnis der gebräuchlichsten Fremdwörter ca. 700 Seiten. Herausgegeben unter Mitwirkung namhafter Schriftsteller, Juristen, Handelsleute und Gewerbetreibenden von Dr. Carl Otto.

Das Buch vom gesunden u. kranken Menschen
Neu bearbeitet von Dr. Paul von Hale, Oberlehrer a. D. und Dr. Leopold Mat. Hoch eleganter Ganzleinenband, 600 Seiten Reklamformat. Mit mehr als 300 Illustrationen.

Die Wunder der Umwelt
und die Entwicklungsgeschichte der Erde.
Eine populäre Darstellung des Weltgebüdes und der Schöpfungsgeschichte unseres Erdkörpers von Prof. Dr. H. v. Sillars, der Geologie und Tierwelt, Vorkommnisse, die die Entwicklung der Menschheit. Nach den Ergebnissen der neuesten Forschungen bearbeitet und herausgegeben von Gustav H. Ritter. Ganzleinen-Broschurband, 700 Seiten mit 600 Illustrationen. Reklam-Format.

Das große Buch der Liebhaberkünste.
mit leicht fahlicher und zweckmäßiger Anleitung zur Ausführung aller nur erdenklichen künstlerischen, praktischen und nützlichen häuslichen Beschäftigungen aus den verschiedensten Gebieten der Holz-, Metall-, Papier- und Kunsthandarbeiten, der verschiedensten Formen des Modellierens und der Plastik in Ton, Gips usw., unter Berücksichtigung aller Arten Zeichnungen, der verschiedensten Arten von Malereien, auch auf Glas, Porzellan, Ton, Stoff und dergl., der Amateur-Fotographie. Die leicht ausführbaren kunstgewerblichen Beschäftigungen sind besonders zu empfehlen. Unter Mitwirkung hervorragender Fachleute herausgegeben von Viktor Hagenbach. Mit 600 Beilagen und Abbildungen. Ganzleinen-Broschurband, 600 Seiten.

Neues großes illustriertes Knabenbuch.
Eine Sammlung interessanter Erzählungen, Sagen, spannender Reisebeschreibungen, Räuber- und Wälderfunde, neuerer Erfindungen aus Industrie und Technik, heimliche und schiffbauartige Experimente, Beschäftigungen und Gesellschaftsspiele, Sport, Sport, Rätsel u. a. Herausgegeben von Georg Selzer. Mit circa 300 Illustrationen. Hochglanz, viel-farbiger Ganzleinen-Broschurband, Reklam-Format.

Das andere Märchenbuch.
Neue illustrierte Sammlung der schönsten Märchen, Sagen und Geschichten aus allen Weltteilen. Für die Jugend bearbeitet und herausgegeben von Georg Selzer. Mit vielen farbigen u. schwarz-weißen Original-Illustrationen. Hochglanz, viel-farbiger Ganzleinen-Broschurband, Reklam-Format.

Preis nur 3 Mark für jedes Werk.
Betrag ist bei Bestellung zu entrichten. Vollständiger Verzeichnis des Betrages. Die illustrierten, hochglanz gebundenen Werke sind als schönste, ansehnlichste, wertvolle, enorm billige Prachtwerke und Hausbibliothek für jeden geeignet. Der Preis von 3 Mark ist ein außerordentlich niedriger und steht gewiß in keinem Verhältnis zu dem inneren und äußeren Wert dieser vorzüglichen Werke. Nur bis zum Montag abend eingehende Bestellungen können berücksichtigt werden.

Probe-Exemplare liegen in der Expedition zur Hand aus.

Expedition des Nordd. Volksblatts.

„Klischees“

bitten wir, nach Ablauf des besten, Insertionsauftrages baldigst wieder abfordern zu wollen.

Expedition des Nordd. Volksblattes